

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für Frauen- und Jugendbeilage einschließl. Bringenmonatlich 90 Pf. und die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Redaktion: Dr. Jägerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Dr. Jägerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.
Anzerate werden die Gespaltene Perzeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Anzerate müssen bis höchstens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 203. Dresden, Montag den 2. September 1912. 23. Jahrg.

Zwei Welten.

Ein Trinkpruch des Kaisers.

Der Kaiser hat seine Erkrankung überwunden. Er hat Berliner Schloß eine Brandenburgerische Festtafel abgehalten, dabei einen Trinkpruch ausgebracht, der nicht unbeachtet bleiben kann. Bei früheren Zusammenkünften „seiner Majestät“ der Kaiser mehrmals sehr schroffe Reden gehalten, diesmal er zwar in der Form ziemlich maßvoll, aber er machte Lehren, die wiederum beweisen, wie weit doch des Kaisers Anschauungen von denen eines sehr großen Teils des deutschen Volkes abweichen.

Der Kaiser sagte zu den versammelten Herrschaften, er sei kein „germ und leichtes Herzchen“ zu ihm kommen und nicht, wie einst vor 500 Jahren die Abgeordneten der Mark zu Kaiser Siegmund „mit beklaglichen Klagen und Bitten um durchgreifende Hilfe“. Dann führte der Kaiser aus:

„Wenn ich meine, wir können mit den heutigen Verhältnissen trotz den Unvollkommenheiten, die nun einmal allem Irdischen anhaften, zufrieden sein. Vorwiegend durch ein schlagfertiges Heer und eine wachsende Flotte geschützt, kann in unserem geordneten Staatswesen der Landmann seinen Acker bestellen, der Kaufmann, Fabrikant und Handwerker seinem Gewerbe nachgehen, und der Arbeiter seines wohlverdienten Lohnes gewiß sein; sie alle können sich der Früchte ihrer Arbeit und der Gaben unserer Kultur erfreuen.“

Weiter sprach der Kaiser davon, daß seit 500 Jahren, die Hohenzollern in die Mark gekommen sind, alles sich glücklich gestaltet habe. Der ganze Trinkpruch war erfüllt mit Verherrlichung der Vorfahren, die der Kaiser als „Helden“ bezeichnete, und von der Ueberzeugung, wie wunderbar schön es gesehe sei.

Es mag wohl sein, daß die im Berliner Schloß bei der Festtafel versammelten Herren mit den Worten des Kaisers einverstanden sind. Außer den Mitgliedern des kaiserlichen Hofes und anderen deutschen Fürstlichkeiten waren da hohe Generäle, hohe Regierungsbeamte, Oberbürgermeister und Abgeordnete, Polizeipräsidenten und Konsistorialpräsidenten, die in die Staatsämter festlich versammelt; auch eine große Anzahl der Hofbeamten, Kommerzienräte und Bankiers saßen nicht. Von allen diesen Personen dürfte der Kaiser nicht mit Unrecht annehmen, daß sie nicht mit „Klagen und Bitten um durchgreifende Hilfe“ zu ihm gekommen sind. Diese Personen sind für die Schicht, aus der sie hervorkommen, die Kompositivschicht allerdings zum Ueberlaufen gefüllt.

Aber sehr weiten Kreisen des deutschen Volkes erschallen Worte von der Berliner Festtafel wie eine Märchenfabel einer andern Welt. Der Kaiser meint, wir könnten mit den heutigen Verhältnissen zufrieden sein; es gebe wohl Unvollkommenheiten, aber sie hätten nun einmal allen Irdischen. Der Kaiser meint weiter, unser Staatswesen sei wohlgeordnet, alle Stände zufrieden ihren Geschäften nachzugehen, auch der Arbeiter sei seines wohlverdienten Lohnes gewiß und könne sich der Früchte seiner Arbeit und der Gaben unserer Kultur erfreuen. Das ist eine rosarote Beurteilung der heutigen Zustände, die in weitestem Abstände steht von den Wünschen und Gedanken der Millionen, die vernachlässigt und bedrückt sehen. Das ist die Sprache aus einer Oberwelt, die in der Unterwelt der arbeitenden Massen nicht verstanden wird. Die Massen des Volkes können das heutige Staatswesen wahrlich nicht als wohlgeordnet ansehen. Sie sehen, daß in diesem Lande die Höhe des Lebensgenusses führen, daß Stellen und Löhne nicht nach Anlage und Befähigung, sondern auf Grund sozialer Vorrechte erworben werden, daß zahlreiche Arbeiter niedergehalten und getreten werden, daß zahlreiche Anschauungen über ihre Lage befangen sein kann. Sie hören mit größter Verwunderung, daß sie sich der Früchte ihrer Arbeit und der Gaben der Kultur erfreuen dürfen. Sie erleben es täglich, daß das heutige Wirtschaftssystem sie in die größte Armut bringen müssen und daß sie von all dem, was Künstler und Gelehrte der Welt gegeben haben, nichts mitgenießen dürfen. Sie fühlen an ihrem Leibe, sie sehen an den blauen Gesichtern ihrer Kinder die schmerzliche Forderung der notwendigsten Lebensmittel, die ihnen nicht von den Unvollkommenheiten herrührt, die allem Leben anhaften, sondern von ganz anderen Ursachen.

Auch die Worte des Kaisers, die das Ausland berühren, haben den vollsten Widerspruch erregt. Es dünkt uns, daß ihren kriegerischen Uebermut vom „Uebermut“ der anderen Völker in anderen Staaten als schwerer Verstoß ihres nationalen Stolzes empfunden und man erinnert sich dort, daß der Kaiser oft gerade aus früheren Reden des Kaiser Siegmund zu klagen hätten: „Unsere Zukunft liegt nicht im Meer — der Herr des atlantischen Ozeans — der Herr der Erdkrone unter dem Schild aufhängen u. s. f.“

Die Forderung guter friedlicher Verhältnisse unter den völkernahen Nationen können solche Worte, wie sie jetzt

wieder der Kaiser gesagt hat, nach unserer Ueberzeugung ebenso wenig dienen, wie die immer wachsenden Rüstungen, die von den anderen Staaten mit gleicher Mühe heimgezahlt werden. Die Festtafel im Kaiserpalast — die schwer um des Lebens Nötigstes ringenden und oft in Not und Elend darbenenden Volksmassen — das sind zwei Welten, die eine verschiedene Sprache sprechen und einander nimmer verstehen!

Wermuth der Warner.

Der neue Oberbürgermeister von Berlin, der vorige Schatzsekretär Wermuth, den die schwarzblauen Steuerhosen zu Fall brachten, hat sich über die Aufstellung des neuen Reichsetats 1913/14 zu einem Mitarbeiter der Post. Jg. recht bemerkenswert ausgesprochen. Man weiß, daß die Schwarzblauen und mit ihnen v. Bethmann-Hollweg und der neue Schatzsekretär Kühn den Etat 1912/13 nur mit allerlei Schiebepfeifen fertiggestellt haben, um der Frage der Vermögenssteuern auszuweichen. Wermuth legt jetzt dar, daß eine gesunde Finanzwirtschaft für 1913/14 nur erzielt werden kann, wenn den konterbait-merikanischen Rüstungen das Ende bereitet und die Einführung einer neuen Vermögenssteuer durchgesetzt wird.

Wermuth führt u. a. aus: „Es fragt sich jetzt, ob es dem Reichskanzler und dem Bundesrat gelingen wird, den nächstjährigen Etat so zu balancieren, daß er in sich eine geschlossene wirtschaftliche Einheit bildet, also nicht auf die Ergebnisse früherer Jahre sich stützt und damit zwar über augenblickliche Verlegenheiten hinweghilft, die Schwierigkeiten der Zukunft aber immer noch vergrößert. Ich denke hier an die Verwendung der Ueberüberschüsse des Jahres 1911. . . . Es liegt die Gefahr ungemein nahe, daß man zur Herstellung des Gleichgewichts im ordentlichen Etat große Beträge aus diesem Ueberüberschuss (von 1911) abzugsweise einem Fonds, der in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist, entzieht. Die Ueberüberschüsse des Jahres 1911 haben bereits dazu beigetragen, die Ermächtigung erteilt, entbehrlich zu machen und darüber hinaus Schulden zu tilgen. Wenn also jetzt die Ueberüberschüsse zu anderen Zwecken verwendet werden, so würde man die frühere Verwendung, mit der eine heilsame Entwicklung für die Zukunft angebahnt werden sollte, rückgängig machen. Zudem würde man in die Spalten des Etats Ziffern als Einnahme eintragen, die in diesem Sinne bloß formelle Bedeutung haben, die beliebig hochgestellt werden können, und die in den späteren Etats über kurz oder lang wieder weggelassen müßten. Das ist für mich der Gegenstand der größten Besorgnis. Ich glaube, ohne dabei stets daran festhalten zu müssen, daß die Finanzbehörde einer festen Grundlage bedarf, von der aus sie das Gleichgewicht des Etats verteidigen kann. Sonst ist sie den mächtigen Ansprüchen der Reichsrentiers wehrlos preisgegeben. Wenn bei der Aufstellung des kommenden Etats jedermann sich darauf berufen darf, daß die große Reserve der Ueberüberschüsse von 1911 im Hintergrunde stehe, wie soll es da vermieden werden, daß der Etat für 1913 wiederum der Anfang einer gleich verhängnisvollen Entwicklung wird, wie wir sie in den Jahren 1900—1908 schaudernd erlebt haben?“

Inzwischen, es ist überhaupt auf das dringendste davor zu warnen, sich durch einen minder ungünstigen Ausfall der Einnahmeergebnisse in Hoffnungen einwiegen zu lassen. Entscheidend ist allein, ob es gelingt, die nächstjährigen Etats so zu balancieren, daß die Ausgaben mit den auf Grund normaler Schätzung ermittelten wirklichen Einnahmen dieser einzelnen Jahre in Einklang zu halten sind. Nach meiner Ueberzeugung ist dies auf der bisherigen Grundlage unmöglich. Man wird, wenn man versuchen will, sich noch einige Jahre hinzuhalten, unbedingt zu künstlichen Mitteln greifen müssen, und deshalb ist es, wenn die Gesundheit der Reichsfinanzen nicht noch weiter preisgegeben werden soll, nicht zu umgehen, daß schon der Etat von 1913 die Eröffnung neuer Einnahmequellen vorsieht. Um welche Einnahmequellen es sich dabei handelt, brauche ich hier nicht nochmals zu erörtern.“

Man hat die riesigen Neuausgaben für Militär und Marine bewilligt. Im nächsten Winter wird die Steuerfrage wieder brennend. Mit künstlichen Schiebungen, die zum Ruin der Reichsfinanzwirtschaft führen, geht es dann nicht mehr!

haben wir jemals, wenn wir unsere Anschauungen im öffentlichen Leben in dieser Frage vortragen, behauptet: Die Sozialdemokratie will nichts von Abrüstung wissen, weil sie unüberwindlich, unlogisch und unwissenschaftlich ist? Nein, nie! Im Gegenteil! So oft wir Veranlassung und Gelegenheit hatten, bekämpften wir das Wettrüsten, betonten wir scharf den Charakter der Sozialdemokratie als einer (der einzigen wirklichen!) Friedenspartei. Und die Gegner brachten wir mit dieser unserer Stellungnahme stets in die größte Verlegenheit. Sie waren es, die uns gegenüber fortwährend erklärten, daß der Frieden ja eine sehr schöne erstrebenswerte Sache sei, aber die Forderung des Abrüstens, der Rüstungseinschränkungen sei — utopisch. Soweit es sich um die öffentliche Propaganda und um parlamentarische Aktionen handelt, befinden sich unsere Antibrüstungsfreunde also in einer merkwürdigen Uebereinstimmung mit den bürgerlichen Parteien.

Zu welchen Konsequenzen führt denn ihr Standpunkt? Wenn die Partei sich ihr Programm zu eigen machte, müßte sie eine gründliche Schwächung in der Frage machen. Wenn man die logische Unmöglichkeit der Abrüstung innerhalb des bürgerlichen Staats proklamiert, dann darf man nicht nur keine Abrüstungsanträge im Parlament stellen, sondern man müßte auch das Wettrüsten der kapitalistischen Welt als eine in der Entwicklung liegende unabänderliche Tatsache hinnehmen. Das würde bedeuten, daß unsere Genossen auch bei neuen Rüstungsforderungen der Regierungen gar keinen ernsthaften Widerstand leisten könnten. Wenn man anerkennt, daß Militärvorlagen usw. „unbedingt nötig“ für den heutigen Kapitalismus sind, wie will man dann noch die Massen zum Widerstand aufrufen? Oder wie stellen sich jene Genossen sonst die Realisierung ihrer Theorie auf die praktische Politik und auf die öffentliche Propaganda vor?

Abrüstung und Sozialdemokratie.

Die Forderung des Abrüstens dürfe nicht gestellt werden; sie sei vom sozialdemokratischen Standpunkte aus utopisch, sie sei besonders nicht marxistisch. Eine solche Forderung vom sozialdemokratischen Standpunkte sei etwas Neues, eine stark veränderte Taktik in der Militärfrage. — Das und ähnliches erklären seit einiger Zeit etliche Genossen in langen Artikeln, in denen sie ihre Ansicht zu beweisen versuchen. Wie war es denn bisher jahrzehntelang in der deutschen Sozialdemokratie und wohl auch der der anderen Länder?

Die Sozialdemokratie war stets eine Friedenspartei, und diese Eigenschaft war sogar eins ihrer stärksten Argumente gegenüber dem Wettrüsten. Und nicht etwa nur in dem Sinne, daß der sozialistische Staat das Ideal des Weltfriedens bringe, sondern daß schon in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung Forderungen dieser Art gestellt werden müssen. Nur so ist die Sozialdemokratie in der Militärfrage dem öffentlichen Leben bekannt! Und nirgends ist bisher in die Erscheinung getreten, daß unsere propagandistische Tätigkeit anders gemeint und anders ausgefaßt worden wäre. Hätten jene widerprechenden Genossen recht, dann hätte die ganze internationale Sozialdemokratie sich bisher in einer schweren Selbsttäuschung befunden und sie hätte alle Welt mit getäuscht.

Die Haltung unserer Partei zum Friedensmanifest des russischen Jaren wurde in die Debatte gezogen. Wie lag es denn damals? Als wir hinaus in die Agitation zogen, da haben unsere Agitatoren dieses Manifest als einen indirekten intellektuellen Erfolg der sozialdemokratischen Wissenschaft, als eine ungewollte Bestätigung ihrer Auffassung in der Abrüstungsfrage hingestellt. In Flugblättern und in der Presse wurde ebenso verfahren, und niemand in der Partei hat widersprochen. Wenn der interessante Was eines russischen Herrschers „lächerlich gemacht“ worden ist, dann wohl doch nur in dem Sinne, daß er die ganze Widersinnigkeit des modernen Militärstaates aufzeige. Und als die wiederholten Vorschläge von England auf Einhalt in den Rüstungen und auf den Versuch einer Verständigung kamen, da hat die deutsche Sozialdemokratie diese Bestrebungen — welchen Motiven sie auch entspringen mögen — durchaus nicht lächerlich und unüberwindlich gefunden. Sie hat vielmehr der deutschen Regierung schwere Vorwürfe gemacht, daß an ihrer unbedingten Ablehnung solche Versuche von vornherein scheiterten.

Trotz alledem hätte die Sozialdemokratie bringende Veranlassung, ihren Standpunkt von neuem zu prüfen und eventuell zu ändern, wenn neue theoretische Gründe der bisherigen Haltung der Partei entgegengestellt werden könnten. Denkbar wäre ein solcher Vorgang in Rücksicht auf das ungeheure Fortschreiten des Imperialismus der neuesten Zeit immerhin. Solche Gründe sind bisher aber nicht beigebracht worden. Es scheint, als ob jene kritischen Genossen in der Abrüstungsfrage nur die zweifellos vorhandene Tendenz der kapitalistischen Staaten sehen, ohne zu bedenken und zu beachten, daß die Entwicklung zugleich Widerstände auslöst, die dieser Tendenz direkt entgegenwirken. Als Tendenz gedacht, abgesehen von aller Wirklichkeit, haben die Kritiker mit ihrer Auffassung von der Entwicklung des Militarismus gewiß recht. Es wäre aber doch furchtbar, wenn ein jahrtausendelanges Vordrängeschreiten der Menschheit enden müßte in einem Meer von Blut und unter den Trümmern von Nordwesttürmen. Die Aussicht auf eine derartige unabänderliche Entwicklung würde die sozialdemokratische Partei der Gegenwart überflüssig machen und ihr jede Werkkraft nehmen. Die pure Unmöglichkeit der Abrüstung brächte als unvermeidliche Folge eine derartige Perspektiv. Es liegt aber ganz anders.

Der fortschreitende Militarismus und Imperialismus entwickelt zugleich Widerstände gegen sich selbst auch in den bürgerlichen Kreisen, die vom persönlichen Standpunkte aus an der unbedingten Aufrechterhaltung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Einrichtungen kein besonderes Interesse haben. Je mehr auch sie zu den Rüstungslasten herangezogen werden, desto mehr steigt ihr Widerwille dagegen und ihr Interesse für die Partei oder Klasse, die diesen Zustand ändern will. Ferner wird die Unmöglichkeit der Rüstungen mit ihrem Fortschreiten immer offener, Man rüstet und rüstet, und das militärische

entwickelt zugleich Widerstände gegen sich selbst auch in den bürgerlichen Kreisen, die vom persönlichen Standpunkte aus an der unbedingten Aufrechterhaltung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Einrichtungen kein besonderes Interesse haben. Je mehr auch sie zu den Rüstungslasten herangezogen werden, desto mehr steigt ihr Widerwille dagegen und ihr Interesse für die Partei oder Klasse, die diesen Zustand ändern will. Ferner wird die Unmöglichkeit der Rüstungen mit ihrem Fortschreiten immer offener, Man rüstet und rüstet, und das militärische

entwickelt zugleich Widerstände gegen sich selbst auch in den bürgerlichen Kreisen, die vom persönlichen Standpunkte aus an der unbedingten Aufrechterhaltung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Einrichtungen kein besonderes Interesse haben. Je mehr auch sie zu den Rüstungslasten herangezogen werden, desto mehr steigt ihr Widerwille dagegen und ihr Interesse für die Partei oder Klasse, die diesen Zustand ändern will. Ferner wird die Unmöglichkeit der Rüstungen mit ihrem Fortschreiten immer offener, Man rüstet und rüstet, und das militärische

entwickelt zugleich Widerstände gegen sich selbst auch in den bürgerlichen Kreisen, die vom persönlichen Standpunkte aus an der unbedingten Aufrechterhaltung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Einrichtungen kein besonderes Interesse haben. Je mehr auch sie zu den Rüstungslasten herangezogen werden, desto mehr steigt ihr Widerwille dagegen und ihr Interesse für die Partei oder Klasse, die diesen Zustand ändern will. Ferner wird die Unmöglichkeit der Rüstungen mit ihrem Fortschreiten immer offener, Man rüstet und rüstet, und das militärische

er Straße
Kelterer
Kelterei
ermut-Wel
beer-Wehr
eine Vorwerk
erteilhaft in
Pirnaische
trasse 315
ntschel.
Laden
züge
Tisch-
Schlaf-
decken
Gardinen
gepocht und
ausgewaschen
Wasser- Kett
os, Sitzen
Wandverh
t und billig
t. Beliebter
mann
14.
age.
hthrohr
9 4
2.90 2.30
2.10 2.00
1.70 1.60
1.20 2.00
L. Jägerstr.
beiter
Rindern
ngen
rich
berger Pl.
ichstr.
rwein
0 ml
abre
Glas
rwein
0 ml
ohne
Glas
salz w.
aske
24.
ringel
die Gläser
und gab
nummer
heit.
er fester
kräftig
er
er

Verhältnis der Staaten untereinander bleibt doch stets annähernd das gleiche. Die Feindesmassen, die aufgezogen werden können, und die mit allen technischen Hilfsmitteln ausgerüsteten und hergestellten Kriegsmittel lassen für jeden Menschen mit nur einigem kulturellem Empfinden einen Krieg immer unumgänglich und barbarischer erscheinen. Es muß in weitesten Kreisen die Frage entstehen: Die Kämpfer nur ihrer selbst wegen? Am letzten Ende müssen doch solchen Verhältnissen gegenüber die Rücksichten auf den inneren Feind, auf imperialistische Kapitalverhältnisse und materielle Profitinteressen in den Hintergrund treten. Sie müssen, wenn man nicht an allem Kulturfortschritt verzweifeln will, wenn man nicht an allem während eines starken Triumph gegen das Verträgen damit aus, daß wir sagen: je mehr die sozialdemokratische Bewegung um sich greift, desto unzuverlässiger wird auch der Militarismus als Institution zur Verteidigung kapitalistischer Interessen?

Das unfruchtbar Verträgen führt also auf einen Punkt, wo es selbst zweifelhaft und unvereinbar wird mit wesentlichen Interessen des bürgerlichen Staates, diesen in seinem Bestand zu gefährden droht. Ob das den herrschenden Gewalten und maßgebenden Kreisen zum Bewußtsein kommt oder ob sie trotz alledem die Kämpfer zum Bewußtsein kommt oder weiter zu treiben bemüht sind, darauf kommt es nicht an. Für die Sozialdemokratie ist nur wichtig, daß nicht nur die Möglichkeit, sondern unter entwickelten Verhältnissen sogar die kulturelle Notwendigkeit des Abtritts gegeben ist als eine Aufgabe, die nach Marx'scher Lehre in den Entwicklungs- und Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung liegt. Wenn wir uns auf den Standpunkt der Kritiker begeben, dann wäre es geradezu töricht, am 1. Mai mit Verbe den Friedensgedanken zu betonen, allen drohenden Kriegen und internationalen Konflikten gegenüber internationale Friedensforderungen der Proletariat zu veranlassen und gegen das Verträgen zu protestieren. Denn daß das alles nur gemeint und berechnet sei für die künftige Gesellschaftsordnung, die wir erst herbeiführen wollen, war doch wohl bisher nicht Absicht der Partei. Alles in allem: diese Zusammenbruchstheorie, die in der Vorstufungsfrage von einigen Genossen vertreten wird, ist inhaltlich in jeder Beziehung, sie ist alles weniger denn marxistisch. Sie ist abstrakt und führt in die Wüste.

Entfesselte Appetite.

von Konstantinopel, 29. August.

Der Kampf um die Macht, der früher ein Kampf für oder wider das Komitee war und die breite Öffentlichkeit erfüllte, vollzieht sich jetzt in echt hamidischer Weise außerhalb der Öffentlichkeit, und alle Mittel der byzantinischen Intrige sind entfesselt. Auf der ganzen Linie, von den Spitzen der Regierung und bis zu den dunklen Cafés von Stambul, bilden sich Gruppen und Koterien, die keinen anderen Zweck haben, als ihr Ministerium zur Macht gelangen zu lassen. Und jede solche Koterie, die sich um eine Ministerliste gruppiert, ist eine Veräpplung, die rücksichtslos und schonungslos mit allen Mitteln, die sie nur aufzuzählen kann, arbeitet — denn es handelt sich um ihr naches Vordringeninteresse. Dieselben Leute, die den Staatsmännern des Komitees nachsagen, daß diese ihren Ehrgeiz oder ihr sonstiges persönliches Interesse dem Wohl des Vaterlandes voranzusetzen lassen — sie betreiben jetzt selbst offen und schamlos den Kampf um den Futtertrog, machen gar kein Hehl daraus, als wäre es etwas Selbstverständliches. Da löst sich vermehrt, daß oft genug die Vorwürfe der Korruption, die den Männern des Komitees gemacht wurden, nur auf den eigenen ersten Wünschen der Verleumder beruhen. Alle zurückgesetzten, anrüchlichen Elemente haben jetzt den Kopf erhoben und den Mund aufgetan. „Wie Jahre lang“ — sagte mir einer, der unter Hamid höherer Beamter war — „wie Jahre lang habe ich nichts getriegt. Nicht auf den Jahri! Gehört sich das? Aber jetzt!“

Aber jetzt! Sie sind ausgehungert. Hungrig nach Macht und nach Reichtum. Tausende gliriger Raben, Tausende greifender Hände sind an die Regierung gekettet, und die Klientel schiebt ihre Patrone empor. Es ist völlig ausgeschlossen, daß dieses byzantinische Wurmgezücht je satt gemacht werden könnte. Ueberdies fehlen dazu auch die Mittel. Die Staatskassen sind leer. Um den dringendsten Bedürfnissen abzuhelfen, wurde (soeben mit der Banque Ottomane ein Abkommen getroffen, wonach diese der Regierung auf die noch ausstehenden 4 Millionen der von der Gruppe der „Deutschen Bank“ vermittelten Millionen-Anleihe einen Vorschuss von 1 1/2 Millionen Pfund gewährte. Es ist bekanntlich der Krieg, der die Emission dieses Restbetrags der Anleihe verhindert hat. Der Vorschuss der Banque Ottomane soll nun mit 5 bis 6 Prozent verzinst werden! Man glaube nicht, daß dieser hohe Zinsfuß etwa durch das mit dem Geschäft verbundene Risiko gedolten erzeuge. Auch nicht im geringsten! Es ist gar kein Risiko dabei. Denn selbst für den — kaum denkbaren — Fall, daß die Deutsche Bank den Rest der Anleihe nicht unterbringen sollte, ist vorgesehen, daß dann die Kollektoren, der Tabaksehnen und noch andere Staatsgewinne als Garantie für den Vorschuss dienen. Das sind Sicherheiten, die den Schuldbetrag um das Mehrfache übersteigen. Der hohe Zinsfuß ist durch nichts bedingt, als durch die Notlage des Reiches, die von der Banque Ottomane ausgenutzt wird. Es ist ein teurer Wucherzins. Das sind die neuen kapitalistischen Methoden der Ausbeutung des Reiches, die mit den Schmarozkermethoden des türkischen Beamtentums vorzüglich zusammenarbeiten, die letzteren aber an Tragweite weitaus übertreffen.

In den Komiteekreisen macht sich indessen eine größere tatsächliche Besonnenheit geltend. Die Idee des Boykotts der Wahlen wird immer mehr zurück. Man wird sich an den Wahlen beteiligen. Leider ist nicht viel davon zu merken, daß man die begangenen politischen Fehler eingesehen haben sollte. So veröffentlicht jetzt der Tamin über die albanische Frage Artikel, die im vollen Umfange den beschränkten, stupiden Zentralisationsstandpunkt des Komitees aufrecht erhalten. Der Plan des Komitees scheint zu sein, durch patriotische Opposition zur Macht zu gelangen. Zu diesem Zwecke dürfte es sich besonders bemühen, den bevorstehenden Friedensschluß agitatorisch auszunutzen. Auf diese Weise hofft man, die Armee wieder zu gewinnen. Dieser Weg zur Macht führt über eine neue Offiziersrevolte. Die Boykottisten, die das Parlament beiseite lassen, scheinen überhaupt keine anderen Möglichkeiten zuzulassen.

Daß die Komiteeorganisationen auch jetzt noch bei den Wahlen eine hervorragende Rolle spielen können, das erhellt man jetzt unter anderem aus den steigenden Befürchtungen,

die man in den Reihen der früheren Opposition, der „Liberalen Vereinigung“, hegt. Der Leiter der letzteren, Lufti Fikri, sucht in seiner Zeitung Tag für Tag die Regierung zu überreden, daß es notwendig sei, die gesamte Beamtenerschaft, so ziemlich bis auf den letzten Posten, auszuwechseln, denn sonst würden die Beamten noch immer eine Brezision zugunsten des Komitees ausüben. Das bedeutet in Wirklichkeit: Lufti Fikri braucht selbst den Beamtenapparat, um die Wahlgänge der Liberalen Vereinigung zu besorgen, und hofft kaum, auf andere Weise eine Majorität zu erlangen. Im übrigen treten die Divergenzen innerhalb der Liberalen Vereinigung selbst immer schärfer hervor.

Mit dem Austritt Hussein Hilmi's hat das Kabinett einen Ausbruch nach rechts bekommen. Dabei ist in ihm als politische Persönlichkeit von ausgeprägtem Charakter nur noch Kamil Pascha verblieben. Dieser Zustand ist unhaltbar. Entweder Kamil Pascha wird Großwesir, oder es wird ein anderes Ministerium gebildet. Es wird eifrig daran gearbeitet, ein Koalitionsministerium zustande zu bringen, an dem auch Komiteeleute beteiligt sein sollen. Ob mit Erfolg, das muß sich sehr bald zeigen.

Die türkische Not.

Aus dem albanischen Grenzgebiet.

Saloniki, 31. August. In der Gegend von Djakowa und Ipek herrscht vollständige Anarchie. Es gibt keine Behörden mehr. Die Arnauten verjagen die Beamten. In Uesküb wurde eine Kommission zur Wiederbesetzung neuer Beamten gebildet. Eine Reihe militärischer, angeblich unabhägiger Beamten wurde abgesetzt, wodurch auch wieder Unzufriedenheit hervorgerufen wurde. Die Spannung zwischen den Serben und Arnauten nimmt zu. Erhebungen ergaben, daß es in Nowibazar, Sjenipa und Prejopolje zu blutigen Meutereien gekommen ist. Inzwischen sind sie unterdrückt worden. Der neue Minister des Innern Danisch-Beg erteilte telegraphisch eine Aufforderung an die Milizbehörden, sie sollen alle Kräfte einsetzen, um die Ordnung wiederherzustellen.

Uesküb, 1. September. Arnauten überfallen die Post und raubten 500 Pfund. — Die Post in Albanien hält an. Täglich treffen zahlreiche Flüchtlinge ein, darunter auch Offiziere, die ihres Lebens nicht sicher sind.

Ein deutscher Hilferuf aus Ipek.

Die königliche Zeitung meldet aus Uesküb, daß eine Deputation des deutschen leitenden Ingenieurs der Straßenbauten in Ipek, Grubhofer, eingetroffen sei, die die flehenhafte Bitte um Rettung für die Deutschen enthält, da die Lage immer gefährlicher werde. — Denselben Blatte wird über die albanischen Wirren noch aus Saloniki gemeldet, daß infolge der absehnenden Haltung der Türken gegenüber dem Vorschlage des Grafen Verchold eine Verschlimmerung der Lage in Mazedonien erwartet wird.

Eine griechische Note.

Konstantinopel, 1. September. Die griechische Gesandtschaft hat der Pforte eine Verbalnote überreicht, in der sie die Aufmerksamkeit der Pforte auf die jüngsten Grenzverletzungen lenkt und eine Untersuchung verlangt.

Türkische Kriegsstärke.

Belgrad, 1. September. Heute fand hier eine vom patriotischen Verein „Nationale Verteidigung“ einberufene Volksversammlung statt, an der mehr als 3000 Bürger und viele Offiziere teilnahmen. Nach dem mehrere kriegerische Reden gehalten worden waren, nahm die Versammlung eine Resolution an, in der die Regierung zu den energischsten Schritten gegen eine weitere Ausbreitung des türkischen Volkes und zur Erreichung einer Vergütung für die Opfer von Sjenipa und Prejopolje aufgefordert wird. Unter dem Ruf „Krieg der Türkei!“ zerstreute sich die Versammlung.

Unruhe auf Samos.

Athen, 1. September. Nach einer gestern in Samos abgehaltenen lärmenden Versammlung wurde dem Konsul der Schutzmacht ein Antrag gestellt, der den Abzug der türkischen Truppen und eine Revision der Verfassung verlangte. Gendarmen, die einschreiten wollten, wurden entlassen und zwei von ihnen verwundet. Der russische Konsul hat in Aussicht gestellt, daß die türkischen Truppen die Insel verlassen würden, sobald eine einheimische Gendarmen in Samos organisiert sein werde. Unter dem Einwohner von Samos herrscht die größte Erregung.

Deutsches Reich.

Teuerung und Gemeinden.

Der Stadtmagistrat in Frankfurt a. M. hat an die Regierung eine umfangreiche Eingabe gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß die Preise für sämtliche Viehsorten höher sind als je. Demgemäß sind auch die Fleischpreise gestiegen. In der Begründung heißt es dann:

„Die Erregung der Bevölkerung war früher bereits eine sehr große. Nach der erneut eingetretenen Verschärfung des Verhältnisses bei aller Rücksicht auf die Landwirtschaft wird nicht mehr verstanden werden, weshalb den nicht minder berechtigten Interessen der nicht landwirtschaftlich treibenden Bevölkerung jedes Entgegenkommen verweigert bleibt. Mit weiten Kreisen der Bevölkerung sind wir der Ansicht, daß ohne Schädigung der Landwirtschaft den Verhältnissen in der Weise Rechnung getragen werden könnte, wie dies vom deutschen Staube und anderen Instanzen schon vorgeschlagen worden ist.“

Zum Schluß wird in der Eingabe energisch gefordert, zunächst die Grenzen für lebendes Schlachtvieh zu öffnen, die Erschwerungen für die Einfuhr von frischem Fleisch zu beseitigen und ferner die Einfuhr von gestrotem Fleisch zu ermöglichen und endlich die Hölle auf Vieh und Fleisch zu ermäßigen oder vorübergehend aufzuheben. Diese Eingabe ist sehr bemerkenswert, weil bisher der Magistrat auf einem ziemlich reaktionären Standpunkt in dieser Frage gestanden hat.

Die städtischen Kollegien Hensburgs beschließen die Einsetzung einer Kommission zur Ermittlung von Maßnahmen gegen die Fleischteuerung. U. a. soll die Kommission sich an die Reichs- und Provinzialparlamente wenden, um die Einfuhr von Schlachtvieh und von Herabsetzung beim Aufhebung der Futtermittel- und Kornzölle wenden.

In der Bentumsdomäne Nachen ließ sich der Oberbürgermeister Weltman in der letzten Stadterordnetenversammlung über die Fleischteuerung aus, die er als eine calamität bezeichnete, zu deren Bekämpfung im Interesse der Volksgesundheit radikale Mittel angewandt werden müßten. In erster Linie käme die Vieheinfuhr aus dem Auslande und unsern Kolonien in Frage.

Die Einfuhrschmelzsteuer.

Hungernot auf der einen, ständische Begünstigung der Agrarier auf der andern Seite — das ist die Quintessenz unserer deutschen Wirtschaftspolitik. Der Standal der Einfuhrschmelzsteuer, bestehend

und wenn die Not des Volkes noch so groß ist. Im vorigen Jahre verbrauchte die Regierung die Entschädigung des Volkes mit einem Aufwand von sechs auf drei Monate herabgesetzt, die Anrechnungsmöglichkeit für die Einfuhr von Petroleum und rohem Kaffee aufgehoben. Es ist damals sofort gesagt worden, daß es sich um ein bloßes Täuschungsmanöver handelt, das praktisch ohne jede Reform nicht nur kein Rückgang in der Verwertung der Einfuhrschmelzsteuer, sondern im Gegenteil ganz außerordentlich gestiegen ist. In den sieben Monaten, vom Januar bis Juli dieses Jahres, ist ein Zoll von 77,68 Millionen Mark mittels Einfuhrschmelzsteuer eingegangen worden gegen 55,28 Millionen in gleichem Zeitraum des Jahres 1911 und 64,40 Millionen in dem des Jahres 1910. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich also eine Zunahme um 22,40 Millionen Mark und auch das Jahr 1910, das bisher die höchste Jähressumme erreicht hat, wird noch um 13,10 Millionen Mark überboten. Die Einfuhrschmelzsteuer im Jahre 1911 über 19 Millionen Mark über 10 Millionen Mark und Petroleum mittels Einfuhrschmelzsteuer beglichen worden waren, jetzt nicht mehr möglich ist.

47,61 (im Vorjahr nur 30,83) Millionen Mark Zoll auf Wein wurden mit Einfuhrschmelzsteuer bezahlt, 9,29 (6,86) Millionen Mark Zoll auf Cacao, 8,13 (7,06) Mill. Mark Zoll auf Roggen, 4,64 (4,62) Mill. Mark auf Gerste und 1,71 (0,89) Millionen Mark Zoll auf Getreide, Hülsenfrüchten und Buchweizen. Da in den ersten sieben Monaten 11,4 63,45 Millionen Mark einbrachten, ergibt sich, daß drei Viertel der gesamten Jolleinnahmen aus der Weizeinfuhr dem Reiche nicht in bar zugeflossen, verhält es sich mit dem Roggen. Der Roggenzoll hat 6,08 Mill. Mark (5,29 Millionen) durch die Anrechnung von Einfuhrschmelzsteuer herabgesetzt worden. Die angedrehten Einfuhrschmelzsteuer betragen 6,20 Mill. Mark (5,48 Mill. Mark), 4,88 Mill. Mark, Doppelzoll (2,15 Mill. Mark), während die übrigen Waren nur mit geringem Betrag in Betracht kommen.

Weir als 11 Millionen Doppelzollener Brotgetreide kommen also im Ausland bei dem Profit, den die über 884 Mill. Mark lautenden Einfuhrschmelzsteuer gewährt, billiger verkauft werden, als dies im Inlande möglich war. Das deutsche Volk sieht demnach vor der Hungersnot und muß zahnknirschend zusehen, wie sich die Agrarier und die Getreidehändler auf seine Kosten bereichern. Wie lange wird es diesen Standal noch dulden?

Ein Ausflug ins Politische.

Der berühmte Komponist Richard Strauß erklärt in einer Zuschrift an den Russischchristlicher Karpaten Reichstagswahlkreis den Krieg. Herr Strauß ist darüber müde, daß der Reichstag kein besonderes Gesetz machen will, um den Pariser auch nach Ablauf der 30-jährigen Schutzfrist dem Vaireuther Unternehmen der Familie Wagner zu alleiniger Exploitation zu überlassen. Darum will er mit seinem Lakstod alles kaputt schlagen. Er schreibt:

„Ich habe seinerzeit den achtjährigen Verhandlungen des Reichstages persönlich beigewohnt, wo die Vertreter des deutschen Volkes, mit ganz wenigen Ausnahmen, in beneidenswerter Unkenntnis der Materie über Urheberrecht und Schutzfrist debattierten. Ich habe selbst gehört, daß ein Herr Eugen Richter in der verächtlichsten Weise die Rechte von armenlichen 200 deutschen Komponisten — die Erben Richard Wagners mit eingeschlossen — zugunsten von 200 000 Gastwirten zu Boden trat.“

Dies wird auch nicht anders werden, solange das bürgerliche allgemeine Wahlrecht bestehen bleibt und solange die Stimmen gegählt und nicht gewogen werden, solange nicht die hiesige die Stimme eines einzigen Richard Wagner tausend und ungefahr zehntausend Hausknechte zusammen eine Stimme bedeuten. ...

Die Wenigen werden vergebens protestieren und der deutsche Spießbürger wird in zwei Jahren am Sonntag nachmittag seinen Mittagessen und Abendessen statt fortwährend in den Säulen und in Operetten zu gehen, auch für fünfzig Pfennig den Partis hören.

Herr Strauß, der von politischen Dingen noch weniger versteht als mancher Politiker von der Musik, offenbar ein Opfer jener gedankenlosen Phrasen geworden, von Herrn Professor Breisig und seinen Geistesverwandten in Eberschen Tag verzapft werden. Weil er von Politik gar nichts weiß, begreift er nicht einmal, daß Politik eine Sache ist, die besondere Fähigkeiten und Kenntnisse beansprucht, daß man, obgleich ein großer Künstler in der Musik, ein vollkommen Ignorant und Kälpel auf politischem Gebiet sein kann. Es besteht kein Anlaß, einem Manne hunderttausend Stimmen zu geben, der von seiner einzigen Stimme noch scheinlich weniger vernünftigen Gebrauch machen kann als irgend einer der von Herrn Strauß so hochmütig verachteten „zehntausend Hausknechte“.

Zu erwarten wäre allerdings gewesen, daß ein Mann wie Strauß über die Bedeutung künstlerischer Volkstümlichkeit etwas tiefer nachgedacht hätte. Würde der deutsche Spießbürger, statt in den Stentopfen zu gehen, für billiges Geld Meisterwerke der Musik anhören, so wäre das doch ein ganz bedeutender Kulturfortschritt. Die Komponisten brauchen deswegen nicht zu verkümmern. Daß man mit der Musik ganz gute Beschlüsse machen kann, beweisen neben manchen anderen „armelichen Komponisten“ die Erben Wagners und Herr Richard Strauß selbst. Sie könnten ganz Erbschleichern sein, um auch junge unbekannte Talente zu fördern, denen keinen Schutz des Urheberrechts hilft, weil niemand ihre Werke aufführt. Davon hat man aber leider nichts gehört.

Seine politische Nachrichten. Der spanische Minister des Auswärtigen Garcia Prieto und der französische Vorkämpfer in Madrid Guesclien sind gestern Abend in San Sebastian eingetroffen und werden heute ihre Besprechungen fortsetzen mit dem Engländer, den Botschafter Deutschlands gegen eine Erhebung von Zöllen innerhalb Marokkos zu beilegen. — Die liberalen Kreise der belgischen Kammer und des Senats werden im Oktober parlamentarischen Arbeiten zu vereinbaren. — Nach Bismarcks Meldungen ließ sich der Vorschlag des russischen Staatsbudgets für 1918 trotz großer Marineforderungen abgelehnt aufstellen.

Ausland.

Frankreich.

Die Aufhebung der Schmelzsteuer. Der italienische Freund Briand, der Unterrichtsminister Guisnon, der kürzlich auf Grund eines Beschlusses des Ministerrats verabschiedet wurde, hat Verweigerung auf Grund der angeblich antipatriotischen und antimilitaristischen Beschlüsse, die der Kongress in Chambéry gefaßt hat, aufgefodert, sich aufzulösen. Als Termin setzte man darin den 10.

Ein Versuch führt zu dauerndem Bezug!
Garantiert reine

Naturbutter

kauft man am besten und billigsten nur

Webergasse 18



Das Beste, was es gibt,

Extrafine Teebutter 1 Pfd. 140 Pf.
Allerfeinste Tafelbutter 1 Pfd. 124 Pf.
Feinste Tafelbutter 1 Pfd. 120 Pf.

Fernsprecher Nr. 1912. — Freier Versand nach allen Stadtteilen.



Flora-Varieté

Größtes Sommertheater Dresdens

Vollständig wettengeschützt.
Straßenbahnen 1, 2, 3 und 22. — Tel. 6992.
Das brillante Schlussprogramm vom 1. bis 15. September:
Eva Hohenburg, jugendliche Phantasietänzerin. Mstr. Marzelle, Equilibrist auf der hohen Pyramide. Luri-Luri, das phänomenale Teufels-Trio, prolongiert. Marga Louison, deutsche Vortragskünstlerin. Les Sylvestres, Bühnen-Luftakt in höchster Vollendung. Gebrüder Görs, Tanz-Duett. Sonner und Berad, die besten deutschen Spasemacher in ihren Original-Grotesken. Max Neumann, selbstverfasste Rezitationen. Erenmann-Kino, neueste Kinofilms.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgen.

Zahlstelle Dresden.

Dienstag den 3. September, abds. 9 Uhr, im Volkshaus (großer Saal)

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Durchbrechung des Arbeitsnachweis-Statuts durch den Verband der Brauereien. — 2. Gewerkschaftliches.

Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Gasthof Mockritz.

Seute Montag:
Grosse Reunion.
Konzert u. Ball. — Anfang 7 Uhr.
Eintritt: Herren 40, Damen 20 Pf.

Theater im Gasthof Waldorff
in Dönschoten b. Schmiedeburg.
Dienstag den 3. September
Der Hauptmann von Köpenick
Die nächste Vorstellung findet am Donnerstag statt. — Um günstigen Zutritt bittet Florian Bille.

Gasthof-Übernahme.

Sierdurch dem hochverehrten Publikum von Nöthnitz und Umgegend sowie allen lieben Freunden und Gönnern die ganz ergebene Mitteilung, daß wir den herrschaftlichen

Gasthof in Nöthnitz

verbunden mit schönem Tanzsaal und Fleischeri nachweise übernommen haben. Es wird unser eifriges Bestreben sein, durch Verabreichung vorzüglicher Speisen und Getränke uns das Wohlwollen der berehrten Gäste zu erwerben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Paul Sändig und Frau
früher Dresden-Konstadt, Restaurant Sibyllenort.

Militär-Unterhosen

in grau, weiß, braun, Paar 95 Pf.

Annähfüsse

aus prima Handstrickgarn.

Frauenstrümpfe

prima Wigogne, im. 1x1 gestrickt, engl. lang, 3 Paar 1 M.
Strumpffabrik
Paul Krause
Ladengeschäfte:
Gerolstr. 54, Bankerstr. 23
Rosenstraße 7.

Café Wien

Ammonstrasse 43.
Ungarische Bedienung.

Gute getragene Herren- u. Damenkleider verkauft billigst das
L. Dresdner Spezial-Kleider-Magazin
Töpferstr. 1, 1. Et.

Nur Große Brüdergasse 11, 2.

Eingang Obergasse, Verl. Haunend billig herrschaftl. getr. H.- u. D.-Schuhe, Wäsche, Betten, Korsehen- und Knaben-Anzüge.
Gewähre 10 Proz. Rabatt.
Sonntags geschlossen.

Kleider, + Damen +

empf. best. Splüpparate, Mutterspritzen, hyg. Artikel und wenden sich bei Störung vertrauensvoll an
Frau Fröhlich, jetz. Ballstr. 23, 1.
Modern. Klappbortwagen, Nachbittstell., Kinderwagen, bill. zu verkaufen Biltengasse 8, part.

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verwandl. Berufsgen.

Zahlstelle Dresden.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege

Alexander Georg Zschiedrich
Maschinist in der Feldschlösschenbrauerei am Freitag verstorben ist.
Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 4 Uhr auf dem Johannisfriedhof in Kolkewitz statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verwandl. Berufsgen.

Zahlstelle Dresden.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege

Hermann Mierig
Bierfahrer in der Brauerei Hofbrauhaus nach längerem Krankenlager verschied ist.
Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 1/2 3 Uhr dem Trauerhause, Ockertwiger Straße 8, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben, guten Mannes **Florens Schöne** sage ich allen Verwandten und Bekannten sowie allen Kollegen meinen innigsten Dank. Besonderer Dank Herrn Pfarrer Hoff für seine tröstenden Worte.
Dresden, den 30. August 1912.
Johanna verw. Schöne.

Juridisch gelehrt vom Grabe unserer viel zu früh dahingefschiedenen, vergessenen Tochter, Schwägerin, Nichte und Braut **Frida Hänsch** sagen wir allen lieben Verwandten und Bekannten sowie dem Personal der Firma Walter Seig für die große Teilnahme und den reichen Blumenschmuck unseren innigsten Dank.
Dresden, Mohorn.
Paul Reicheit, als Bräutigam.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Verantwortlich für den abrigen Teil: **Max Sach, Dresden.**
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Reinhold Eichler, Dresden.
Druck und Verlag: **Raden & Komp., Dresden.**

Anhefter u. Einträger

bei gutem Lohn.
Malky & Jahneke
Glasbüttenwerke, Tenben.
Für sofortigen Eintritt suche

jüngeren Schlosser

der mit der Bedienung von Sägen- und Augenmaschinen vertraut sein muß. Gest. Angebote unter Chiffre „E. G.“ an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Frankl. Pansen- und Kogels Kugel-Blader Zubehör u. Reparatur.
M. Engel, Br.-Graben, Strohplatz 98

M. Rad
m. Früll. in neu. 26 M.
4. verl. Oepelstr. 19, 1. E.

Sofabezüge

Portieren, Tisch-, Sofa-, Divan-, Schlaf- und Steppdecken
Teppiche
Gardinen
abgepaßt und
schöner garniert
Herziken - Keder
Stores, Hänges

Bestverlagen und Läuferstoffe
kauft jedermann gut und billig
bei der bekannten u. beliebten
Firma

Kupfermann

Dresden-A. 14.
Pillatzer Straße
Nur 1. Etage.

Kokes-Flocken

Selbmanns Filialen

Frauen-Tee!

auswähl. Paket 75 Pf.
Alle
Frauen-Artikel.
R. Froisloben
Postplatz.

Sommer- u. Herbst-Überzug, 11fter
vert. billigt Giedler, Dreßgasse 8, 1.

Nach langem schwerem Leiden verschied Freitag nacht 1 Uhr
mein innigstgeliebter Gatte und Vater
Alexander Georg Zschiedrich
Maschinist in der Feldschlösschenbrauerei, im Alter von 61 Jahren.
Um stilles Beileid bitten Die liebstens Geliebte Helke und Sigi.
Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 4 Uhr von der
Halle des Johannisfriedhofes in Kolkewitz aus statt.

Sonntags nachmittag 1/2 3 Uhr verschied mein lieber Gatte,
unser Vater, der Kaiserliche **August Hermann Mierig**.
In tiefer Trauer
Anna Mierig nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 1/2 3 Uhr vom
Trauerhause, Ockertwiger Straße 8, aus statt.

Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 203.

Dresden, Montag den 2. September 1912.

23. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Immunität der Reichstagsabgeordneten und die Staatsanwaltschaft.

Die verfassungswidrige Verhängung der Verhaftung gegen den Reichstagsabgeordneten Edmund Fischer in Dresden ist auf dessen Verlangen am letzten Sonntagabend vom Amtsgericht in Dresden aufgehoben worden. Der Staatsanwalt Dr. Schuster in Dresden wollte dem Genossen Fischer mit, es sei ihm bisher nicht bekannt gewesen, daß er, Fischer, Mitglied des Reichstags sei. Der Reichstagsabgeordnete wurde im Jahre 1898 zum erstenmal, 1903 zum zweitenmal und 1911 zum drittenmal im sächsischen Wahlkreis — der zum Landgerichtsausschuß in Langenhessen gehört — in den Reichstagswahlen gewählt. Die Wahlberechtigung des Reichstagsabgeordneten Edmund Fischer durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Edmund Fischer vertreten wird — nur durch den Reichstagsabgeordneten Edmund Fischer vertreten wird — nur durch den Reichstagsabgeordneten Edmund Fischer vertreten wird — nur durch den Reichstagsabgeordneten Edmund Fischer vertreten wird.

Stadt helfen. Es ist danach auch jeder Zweifel ausgeschlossen, daß hinter dem Gesuche des goldenen Vereins nur die Unternehmer stehen, und daß die Gelder auch in diesem Falle die traurigen Handlanger des Unternehmertums sind. Natürgemäß machte sich auch der Reichstagsabgeordnete die Unternehmerrunde zu eigen. Und interessant dürfte es sein, daß der neue Oberbürgermeister Dr. Käppler die Förderung nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Industrie wegen, gegenwärtig freilich noch ein Stein im Wege: Stadtvorordnete des goldenen Vereins erklärte in der Sitzung am 14. Juni, die sich mit dem Bau von Mietwohnungen befassen, daß er es begrüße, daß der aber, daß zunächst einmal das Geld der gewählten Unternehmerrunde in den Händen der Unternehmerrunde verbleibe, und daß die im Bereich der Gelder fahndenden Arbeiter nicht von dem Gewinn der Arbeiter ausgeschlossen bleiben, solange die Unternehmerrunde nicht überlegen dürfen, daß überhaupt vorgebracht, daß das Interesse der Gemeinde geschädigt werde, indem entweder der Stadt das Recht des Verkaufs an den Grundbesitzer zum Ankauf der Grundstücke erfolge. Der Rat hatte neuerdings beschlossen, den Geldern der Unternehmerrunde über die Mietwohnungen zu verfügen — offenbar unter dem Druck der sozialdemokratischen Einwirkungen — und noch ein anderer Stein liegt der Angelegenheit im Wege: Die Unternehmerrunde hat die Konkreten, und daher haben gegen die Angelegenheit des Grundbesitzes protestiert. Was dort das Unternehmerrunde fördern wollte, sucht hier ein anderes Unternehmerrunde zu verhindern.

Anpassung an die Landgemeindevorordnung.

Der Gemeinderat in Langenhessen bei Wittenberg hat eine Änderung des Ortsgesetzes über die Zusammenlegung und Wahl der Landgemeindevorordnungen beschlossen. Eine Kommission, die mit den nötigen Vorbereitungen beauftragt wurde, erlegte sich auf folgende Vor schläge: Der Gemeinderat besteht aus dem Gemeindevorstand, drei Gemeindevorsteher und 10 Gemeindevorstellern; vier Vertreter sollen auf die unanfertigen und zwölf Vertreter auf die anfertigen Gemeindevorsteher fallen. Die unanfertigen wählen in einer Klasse ihre Vertreter, die anfertigen in zwei Klassen, deren Abgrenzung sich nach der Kopfzahl der Wähler und den geleisteten Gemeindevorleistungen richtet. Die Wahlen sollen stattfinden. Im Gemeinderat stehen die Vor schläge bei einem Vorkommnis in zweifacher Zahl. Die Klassen der unanfertigen in mehrere Klassen zu trennen, in der unteren Klasse die unanfertigen und in der oberen Klasse die anfertigen zu trennen, und auf diese Weise sich deren Vertreter zu entscheiden. Unter Gemeindevorstellern sind die Gemeindevorsteher, die Vertreter der unanfertigen Gemeindevorsteher, die die unanfertigen Gemeindevorsteher vertreten, und die Vertreter der anfertigen Gemeindevorsteher. Die unanfertigen wählen in einer Klasse ihre Vertreter, die anfertigen in zwei Klassen, deren Abgrenzung sich nach der Kopfzahl der Wähler und den geleisteten Gemeindevorleistungen richtet. Die Wahlen sollen stattfinden. Im Gemeinderat stehen die Vor schläge bei einem Vorkommnis in zweifacher Zahl. Die Klassen der unanfertigen in mehrere Klassen zu trennen, in der unteren Klasse die unanfertigen und in der oberen Klasse die anfertigen zu trennen, und auf diese Weise sich deren Vertreter zu entscheiden. Unter Gemeindevorstellern sind die Gemeindevorsteher, die Vertreter der unanfertigen Gemeindevorsteher, die die unanfertigen Gemeindevorsteher vertreten, und die Vertreter der anfertigen Gemeindevorsteher.

Reisig. 2. September. Sonntag vormittag tagten in Leipzig fünf Reichstagsabgeordnete, die von 8000 Personen besucht waren. Die Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Käppler wurde mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen, in der die Leistung der Reichstagsabgeordneten der Halle gefordert, die die Ausführung der Halle als eine Methode gekennzeichnet wurde, durch die an das Ausland auf Kosten der Steuerzahler Getreide zum Spottpreise als Viehfutter verkauft wird, während die deutsche Bevölkerung gezwungen ist, Brot zu Hungerpreisen zu kaufen.

Limbach. Auf gespanntem Fuß steht seit einiger Zeit die hiesige Fleischerzunft mit einem Teil der Bevölkerung, besonders den Mitgliedern des hiesigen bürgerlichen Rabatt- und Fleischervereins. Der Grund in den Differenzen liegt darin, daß früher gewöhnlich Rabatt auf Fleisch- und Wurstwaren zurücklag und alle Vermehrungen des Rabattsparvereins, den Rabatt wieder zu erhalten, erfolglos waren. Jetzt fand nun eine Bürgerversammlung statt, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte. Es gelang eine Resolution zur Annahme, nach der die Rabattsparvereine von der Wiedereinführung des Rabattsystems der Fleischer Abstand nehmen. Doch wollen die Rabattsparvereine durch die Fleischer vorgehen und darauf hinwirken, daß die Fleischer der hiesigen Warenvermehrungs-Aktien-Gesellschaft zu einer Großschlachtereierneigung ausgebildet werde.

Chemnitz. Billige Seefischmärkte werden in Anlehnung an die erfolgreichen sächsischen Seefischmärkte im vergangenen Winter von nächster Woche ab allwöchentlich Donnerstags und, soweit der Vorrat reicht, auch Freitags in der Zeit von vormittags 9—12 Uhr durch eine vom hiesigen Fischhändlerverein im Bunde mit den Inhabern der früheren sächsischen Verkaufsstellen dazu eigens gegründete Genossenschaft abgehalten werden. Der Markt steht unter städtischer Kontrolle sowohl hinsichtlich der Qualität der Ware, als auch hinsichtlich der Preisbemessung. Die von der Stadt festgesetzten Preise werden allwöchentlich amtlich bekannt gegeben und hängen in den Verkaufsstellen aus.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Am Sonntagabend lehrte der Leipziger Stadtsänger Käppler nach Wittenberg, wo er vom 23. bis zum 31. August Schlußkonzerte veranstaltet hat, auf dem Aufzuge nach Leipzig zurück. Er landete nach 40 Minuten Flugzeit am 6. Uhr 50 Minuten glatt am Park Neudorf, wo er dann noch einen in Plauen i. L. das 1884 in Chobau in Schweden geborene Dienstmann Marie Kap. Es war bei einem Wälder bedient, wogegen er aber nicht zu diesem zurückkehren, weil es sich in seiner Heimat, wohin es zu Besuch gereist war, länger als erlaubt aufgehoben hatte. Als das Wälder nun in Plauen abholte, wurde es von dem Wälder eines Hauses in der Reinholdstraße aufgenommen, der ihm eine Bodenlampe überließ. Als ihr Wälder die Fuß sprechen wollte, sagte sie sich durch das Bodenfenster vom Dach aus auf die Straße.

Stadt-Chronik.

Die Wahlen zur Angestellten-Versicherung.

Die Wahl wird von der unteren Verwaltungsbehörde angeordnet. Der Wahltag wird von jeder Verwaltungsbehörde besonders festgesetzt, es kann auch der Sonntag als Wahltag bestimmt werden. Der Wahltag muß mindestens sechs Wochen vorher bekanntgegeben werden. Die Wahlen erfolgen für Unternehmer und Angestellte getrennt. Jeder Wahlberechtigter hat eine Stimme. Jeder Angestellte hat eine Stimme, doch darf kein Unternehmer mehr als 20 Stimmen haben. Als Unternehmer gelten auch die Vorstände von Krankenkassen, Gewerkschaften, Aufsichtskommissionen der Arbeitersekretariate, politischen oder anderen Vereinen, sofern von diesen Korporationen mindestens ein versicherungspflichtiger Angestellter beschäftigt wird und der Vorsteher nicht selbst zu den versicherungspflichtigen gehört. Ist das letztere der Fall, so empfindet es sich, daß der Vorstand durch Beschluß einem anderen Mitglied des Vorstandes die Ausübung des Wahlrechts übertragen wird.

In den größeren Städten wird es sich empfehlen, auch eine Liste der Unternehmer aufzustellen. Legitimiert für die Wahl wird der Unternehmer durch eine Bescheinigung, die von der Gemeindebehörde einzufordern ist. Für den Versicherungspflichtigen die Versicherungskarte, die von der Ausgabe stelle vor der Wahl gelöst werden muß.

Vorgehen ist die Proportionalwahl. Ueber die Aufstellung der Listen besagen die Vorschriften der Wahlordnung folgendes: Die Wahlberechtigten sind aufzufordern, Vorschlagslisten bis spätestens drei Wochen vor dem Wahltag dem Wahlleiter einzureichen. Die Vorschlagslisten sind für Unternehmer und Angestellte getrennt aufzustellen. Jede Vorschlagsliste soll mindestens so viel Namen enthalten, als Vertretungs- und Ersatzmänner zu wählen sind. Jeder Vorschlag als die doppelte Zahl der zu Wählenden darf sie nicht enthalten. Wo mehrere Angaben als Vertretungsmänner vorgeschlagen sind, die Vorschlagslisten müssen von mindestens fünf Wahlberechtigten unterschrieben sein. Die Vorschlagsliste soll die Wählervereinbarung, von der sie ausgeht, kenntlich machen. Tritt der Charakter der Wählervereinbarung nicht klar hervor, so kann der Wahlleiter dem Vorschlag eine Bezeichnung beilegen. Ist eine Person auf mehreren Listen vorgeschlagen, so hat sie sich auf Aufforderung für eine bestimmte Liste zu entscheiden. Unterbleibt die Entscheidung, wird sein Name auf allen Listen gestrichen. Hat ein Wähler mehrere Vorschlagslisten unterschrieben, so wird seine Unterschrift auf allen Vorschlagslisten gestrichen. Frühestens neun und spätestens drei Tage vor dem Wahltag sind die gültigen Vorschlagslisten dem Wahlleiter öffentlich bekannt zu machen. Wird innerhalb der gesetzlichen Frist nur eine Vorschlagsliste von Unternehmern oder Versicherten eingereicht, so findet keine Wahl statt. Die in der Vorschlagsliste bezeichneten Personen gelten als gewählt. Änderungen der Liste darf der Wähler nicht vornehmen. Wird jemand bei der Wahl zurückgewiesen, so ist dies unter Angabe des Grundes in der zu führenden Liste zu vermerken. Hat ein Unternehmer mehrere Stimmen, so hat er jeden Stimmzettel in einen besonderen Umschlag zu legen. Die Umschlüge werden von der Reichsversicherungsanstalt geliefert und sind im Wahlraum den Wahlberechtigten zur Verfügung zu stellen. Den Unternehmern ist es gestattet, ihren Stimmzettel dem Wahlleiter brieflich einzusenden.

Für die Wahl wird ein Wahlbureau gebildet, deren Mitglieder dem Kreise der Unternehmer und Angestellten angehören müssen. Die Gültigkeit der Wahl kann binnen einem Monat nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses bei der unteren Verwaltungsbehörde angefochten werden. Auf Beschwerde entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig. Da das Gesetz noch nicht in Kraft getreten ist, so soll sich die ersten Wahlen unter der besonderen Anordnung, daß schon gegenwärtig bei den „Ausgabestellen der Angestelltenversicherung“ (es sind das durch besonderen Anschlag kenntlich gemachte Stellen der Ortspolizeibehörden oder der Gemeindeverwaltungen) die Aufnahmekarte von den versicherungspflichtigen gefordert werden kann. Diese Aufnahmekarte wird später gegen die Versicherungskarte umgetauscht. Diese Karte dient dann als Legitimation für den Angestellten, der an der Wahl teilnehmen will. Es muß deshalb in den Kreisen der Angestellten darauf hingewirkt werden, daß die Angestellten die Karte schon jetzt lösen und nicht bis nach der Wahl warten.

Die der Generalkommission der Gewerkschaften ange-schlossenen Verbände, der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfen, der Deutschen und der Verband der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsvereinigungen Deutschlands, deren Mitglieder zu einem erheblichen Teil der Angestelltenversicherung beitreten müssen, haben sich mit der Freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten dahin verständigt, gemeinsam eine Vorschlagsliste aufzustellen. Die Wahlen sollen in der zweiten Hälfte des Oktober stattfinden.

Einfuhr von gefrorenem Fleisch.

Im Dresdener Anzeiger wird darüber folgendes mitgeteilt: Eine Hamburger Großfirma, die sich mit der Einfuhr von gefrorenem Fleisch aus Argentinien, China und der Randschule befaßt, hatte sich an den Rat zu Dresden gewandt

ug!
8
Pf.
Pf.
Pf.
Lockritz
eunion.
Waldemar
hmedberg
on Röver
ung findet an
im gütigen
orian Hilfe.
Berufungen.
rich
hr auf
Frank.
bratung.
ig
hr dem
and.
n Div
dono
gelgen
Welf
n.
n.
n.
n.

und Gefrierfleisch offeriert. Der Rat setzte sich hierauf mit der Fleischermesse in Verbindung, die sich auch bereit erklärte, Gefrierfleisch zu verkaufen, damit das Publikum sich selbst von dessen Güte überzeugen könne. Der Rat stellte daraufhin der Innung die nötigen Räumlichkeiten und eine Engros-Verkaufsstelle im Städtischen Vieh- und Schlachthof unentgeltlich zur Verfügung. Das Fleisch soll von da an die Weister ohne Preisauflage abgegeben und von diesen mit ganz geringem Aufschlag weiter verkauft werden. Die Firma teilte dann aber, als die Ankunft des Fleisches auf sich warten ließ, auf Anfrage der Innung mit, ihr Angebot gelte nur für den Herbst, gegenwärtig könne sie kein Gefrierfleisch liefern. Da nun aber die Innung mit Recht der Meinung ist, daß gerade jetzt das Fleisch nötig gebraucht wird, setzte sich Herr Obermeister Wischel mit der Schlachthofdirektion in Verbindung, um anderwärts Gefrierfleisch zu erlangen. Daraufhin hat sich Herr Schlachthofdirektor Dr. Angermann nach Rotterdam begeben, um dort in der Angelegenheit Schritte zu tun. Die Fleischermesse sieht überdies nach wie vor auf dem Standpunkt, daß nach den Erfahrungen, die man anderswo mit Gefrierfleisch gemacht hat, dieses kaum zur Abhilfe geeignet sein dürfte. Dies beweist neuerdings das Vorgehen von Chemnitz, wo man bereits früher einen Versuch mit Gefrierfleisch gemacht hat, der aber mißlungen ist, weil das Fleisch nicht den gewünschten Abgang fand. Dort hat man daher jetzt letzte Woche 100 Stück lebende dänische Rinder eingeführt, und eine solche Einfuhr lebenden Viehs hält man auch hier für wünschenswerter als die von Gefrierfleisch. Immerhin ist die Innung auch gern bereit, mit gefrorenem Fleisch einen Versuch zu machen, um das Publikum davon zu überzeugen, daß es nicht an ihrem guten Willen fehlt.

Künstler und Kritiker.

Ein interessanter Verteidigungsprozess zwischen einem Sänger und einem Kritiker, der schon längere Zeit vor dem hiesigen Schöffengericht schwebte, wurde jetzt zu einem vorläufigen Abschluß gebracht. Privatkläger war der Kammerjäger Sommer von der Dresdner Hofoper, Beklagter der Redakteur Weich in Berlin, früher Kunstkritiker an den Dresdner Neuesten Nachrichten. Sommer klagte sich durch zwei Kritiken des Beklagten aus dem vorigen Jahre beleidigt, von denen die erste sich auf die Darstellung des Wotan (Nibelungenring), die andere auf die des fliegenden Holländers bezog. Darsteller war der Privatkläger. In der Kritik des Beklagten wurde die auf die Bühne gestellte Figur des Wotan als „wimmerner Koloh“ bezeichnet. An der Darstellung des Holländers kritisierte Weich, daß S. zu nahe an die Lampe herantrat und dadurch den Eindruck erweckte, als ob es sich darum handelte, „Couplesreins ins Parkett zu schleudern“. Kammerjäger Sommer betonte, er wende sich nicht gegen die Kritik als solche, selbst wenn sie mit seinen Leistungen noch so hart ins Gericht gehe, sondern er ließe sich nur nicht die darin enthaltenen persönlichen Beleidigungen gefallen. In dem Vergleich mit einem wimmernden Koloh liege eine Verabredung und Verhöhnung seiner Person (S. ist eine Bühnengestalt). Ebenso gehe es über alles Maß, wenn man einen Künstler von seinem Rufe mit einem Komiker vergleiche. Demgegenüber macht Weich geltend, die Person des Privatklägers sei ihm völlig gleichgültig. Er kenne ihn gar nicht und er habe es auch gar nicht mit ihm zu tun. Seine Kritik gelte nicht der Person des Schauspielers oder Sängers, sondern nur der Figur, die dieser auf der Bühne stelle. Die Kritik beziehe sich stets nur auf das Produkt, nie auf das Subjekt der Darstellung. Er habe nur das Interesse des Autors und des Dresdner Publikums wahrgenommen, wozu er als Kritiker berufen war, eine Verteidigungsabsicht habe ihm vollständig ferngelegen. Die Anforderungen, die an einen an der Dresdner Hofoper wirkenden Künstler gestellt werden, wären naturgemäß sehr streng, und wenn man diesen Maßstab anlege, dann werde man die Kritiken auch berechtigt finden. Er habe im übrigen auch die Leistungen Sommers rühmend hervorgehoben, wo dies angebracht war, und wenn man seine gefälligen Kritiken über Sommer lese, so müsse man zugeben, daß er versucht habe, ihm voll gerecht zu werden. Es wären auch gar nicht so ideale Gründe, die den Privatkläger zu seinem Vorgehen gegen die Kritik veranlaßt hätten. Sommer habe ein Gehör an den König gemacht, um aus dem Verband der Dresdner Hofoper entlassen zu werden. Dies habe er damit begründet, daß er sich mit der Dresdner Kritik nicht stellen könne. In Wirklichkeit hatte er ein Engagement nach Amerika mit wesentlich höherer Gage, das aber nur unter der Bedingung zustande kommen konnte, wenn es Sommer gelinge, seinen Vertrag mit der Hofoper bis 1. Januar 1912 zu lösen. Seine Kritik habe er also nur vorgebracht aus materiellen Gründen. Sommer behauptet, er habe vor den Kritiken des Beklagten schon den Antrag auf Entlassung gestellt, die sei aber abgelehnt worden. Er gibt zu, ihn wiederholt zu haben mit der angegebenen Begründung. Er beantragt Verurteilung des Kritikers. Weich macht zum Schluß noch geltend, es würde durch seine etwaige Verurteilung geradezu ein Präzedenzfall geschaffen, denn seines Wissens sei es seit 20 Jahren nicht vorgekommen, daß ein Sänger einen Kritiker verklagte. Es müßte doch auch erst festgestellt werden, ob denn die Kritik nicht berechtigt war. Er beantragt die Vernehmung Eugen Tharns, Felix Rimmernanns und der Kammerlänger Sood und Müdiger als Sachverständige hierüber. — Die Beweisurteile wurden als unerheblich abgelehnt und Weich wegen öffentlicher Beleidigung zu 150 M. Strafe verurteilt. § 193 siehe dem Beklagten allerdings zur Seite, die Beleidigungen gingen aber aus der Form der betreffenden Äußerungen hervor.

Zentral-Theater.

Am gestrigen Abend hat auch das Zentral-Theater den Artisten für kurze Zeit seine Pforten geöffnet und das ausverkaufte Haus bei der Premiere zeigte, daß für Variété-Vorstellungen in Dresden reges Interesse vorhanden ist. Wir müssen aber auch sehen: Der Besuch einer solchen Vorstellung, wie sie jetzt augenblicklich im Zentral-Theater gegeben, lohnt sich. Denn jede Programmnummer ist für sich ein Scherz und es ist schwer zu entscheiden, wenn man die Sieges-Palme zuerkennt soll. Da nennen wir zunächst die sechsöpfige Artistenfamilie W. Lessens, die drei Generationen verkörpert und einen akrobatischen Stroh, Artistenkind, vorführt. In allen Arten der Akrobatik sind diese Künstler bewandert und die Leistung des Chefs wie des jüngsten Gliedes — ein kleines Mädchen — sind staunenerregend. Aber auch Herr Paul Landas als neuer Achilles ist noch besonders zu nennen. Kluge Steinzeugen läßt er spielend über seinen Rücken tanzen, und auch seine sonstigen Darbietungen zeigen, daß hier Kraft und Gewandtheit ungemein gepaart sind. Doch auch den anderen akrobatischen Attraktionen soll

volle Gerechtigkeit widerfahren. Die Schleuderakrobaten Ehe & Original Geraldos, die Drahtseilkünstler Ehe 4 Harveys und auch die Exzentriks-Akrobaten Cooke und 3 Roberts zeigen, daß sie jeder in ihrer Art Outes und doch immer wieder Neues zu bringen wissen. Das ist besonders von den zwei Damen der Drahtseilkünstlertruppe zu sagen, die in vorzüglicher Weise auf dem Drahtseil einen modernen Tanz — soll es der „berühmte“ Schiebentang sein? — vorführen. — Für den mehr unterhaltenden Teil sorgen 12 russische Tänzer und Tänzerinnen, die sehr angenehm aufstehen, eine schicke Soubrette und — last not least — der Humorist Hans Hauser, der wegen seiner originellen Vortragweise wahre Lachsalben zu entfesseln versteht. Zum Schluß kommen dann noch einige Kinovorführungen und wenn auch das Programm beinahe des Vielen zu viel bietet — man geht hochbefriedigt nach Hause.

Aus den Bezirksausschüssen.

In geheimer Sitzung hat der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt folgende Konzessionsgesuche genehmigt: Oberkellner Kasch in Niederfeldig, Uebertragung der vollen Schankkonzession; Kuntel in Dresden, Uebertragung der Schank- und Tanzkonzession für die Rehböschkäse in Gittersee; berecht. Friedrich in Prohlis, Uebertragung der ihrem Ehemann erteilten Konzession für den Gasthof; Fabrikbesitzer Standfuß in Deuben, Kantinenbetrieb; Pinkert in Deuben, Ausdehnung der Konzession auf die zu vergrößerten Räume; Schmiedemeister Herrmann in Vergehöls, Uebertragung des auf dem Gasthof ruhenden Realrechts auf seine Person. Das Gesuch Ehrlich in Burg zum Tanzballet für geschlossene Gesellschaften wurde abgelehnt. Der Gasthofbesitzer Büffel in Hainsberg hatte um Uebertragung der politischen Saalaufsicht auf seine Person gebittet; das wurde abgelehnt, u. a. auch deshalb, weil bei dem dort vorfindenden Publikum, meist dem Arbeiterstande angehörenden jungen Leuten, Schwierigkeiten entstehen könnten. (1) Dabei sind seit Jahren irgendwelche Ausschreitungen in dem Lokale nicht vorgekommen. — Die Gehaltserhöhung des Gemeindevorstandes in Postkappel wurde genehmigt. Endlich wurden noch mehrere Rekurse in Gemeindesteuerangelegenheiten und der Erlaß von Vorschriften zur Verhütung von Unfällen beim Betriebe von Wäschemangeln (u. a. ist Kindern unter 12 Jahren der Zutritt verboten) beschlossen.

Der feuergefährliche Straßenschmud. Am Sonnabend nachmittag ging plötzlich einer der Triumphbogen am Rathausplatz an zu brennen, wahrscheinlich war ein elektrischer Funke von der Stromleitung der Straßenbahn übergesprungen. Genanntlich ist besonders am Rathausplatz viel Reisig zur Dekoration verwendet. Es war ein Glück, daß es vorher stets gegnet hatte und infolgedessen das Reisig naß war. Wäre es von der Hitze ausgezündet gewesen, es hätte ein furchtbarer Brand entstehen können. Da die Feuerwehr rasch zur Stelle war, ging es ohne größeren Schaden ab. Immerhin war das eine nahegelegene Grundstüch schon stark gefährdet. — Der Vorschlag muß eine Lehre für die Zukunft sein.

Unfälle. Sonnabend abend wurde die 62 Jahre alte Gerichtsdienersfrau Auguste Luberer beim Ueberfahren der Nikolaistraße von einer Autodrosche überfahren. Die Frau, die das Rad des Kraftwagens nicht gehört hatte, erlitt einen Schädelbruch und verstarb während ihres Transports nach ihrer Wohnung. — Zwischen die Buffer zweier Straßenbahnwagen geriet Sonnabend abend beim Rangieren auf dem Tolkewitzer Straßenbahnhof der Straßenbahnschaffner S. Der in der Ripsdorfer Straße wohnhafte Schaffner wurde im Unfallauto nach dem Johannstädter Krankenhaus befördert. — Beim Ausfragen auf einem im Gange befindlichen Straßenbahnwagen kam auf dem Amalienplatz ein in der König-Albert-Straße wohnhafter Kaufmann zum Stürzen und zog sich dabei starke Verletzungen am Hinterkopfe zu.

Selbstmord. Am Sonnabend vormittag machte auf dem Boden einer in der Nicolaer Straße gelegenen Fabrik ein 1868 in Ortmannsdorf geborener Arbeiter seinem Leben durch Erhängen ein Ende.

Kinder sollen keine Rechnungen bezahlen! Von der Kinderkassakommission werden wir ersucht, darauf hinzuweisen, daß man es doch vermeiden möchte, Kinder mit dem Bezahlen von Rechnungen zu betrauen. Einmal aus dem Grunde, weil die Gefahren der Strafe im Großstadtgebiete für die Kinder sehr groß sind und weil sie auch in die Verurteilung kommen, sich an dem Gelde zu vergreifen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß eine solche Warnung sehr am Platze ist.

5. Kreis. Dienstag den 3. September, abends 9 Uhr, Diskussionsabend der Genossinnen im Volkshaus. Bericht von der Landeskonferenz. Zahlreiches Erscheinen erwartet. D. V.

Die Kinderkassakommission Wischen-Trachtenberge veranstaltet nächsten Mittwoch einer Auktion. Kinder, die die Sommerausklaste mitgemacht haben, möchten alle kommen wegen des Schluffestes. Treffpunkt 2 Uhr bei Frau Kerger, Rüdertstraße.

Aus der Umgebung.

Bricenitz. Sonntag früh verbrannte sich eine in der Leutewitzer Straße wohnende ungefähr 20 Jahre alte Arbeiterin sehr schwer, als sie beim Kaffeekochen die Spiritusflamme umwarf, worauf sich der brennende Spiritus über ihre Kleider ergoß. Die erlittenen Brandwunden sind lebensgefährlich.

Rennitz. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf der Eisenbahnbrücke. Ein vierjähriges Mädchen rannte in einen Kohlenwagen hinein, wobei es ungerissen und überfahren wurde. Schwerverletzt, mit Arm- und Beinbrüchen wurde das Kind unter dem Wagen herbeigezogen und nach der eiterlichen Wohnung gebracht.

Postkappel. Das Amtsblatt Glückauf bringt aus unserm Bericht über die letzte Sitzung des hiesigen Schulvorstandes (S. Nr. 20) in seiner Sonntagnummer einen Auszug. Es wird da nun in recht einseitiger Weise nur der Teil über das Verhalten einiger Fortbildungsschüler beim Turnunterricht veröffentlicht. In unserm Bericht wurde aber außerdem noch über Beschwerden gegen unpassende Ausdrücke eines Lehrers beim Unterricht geschrieben. Da nun dies Verhalten eines Lehrers ebenso, ja noch mehr zu verurteilen ist, so hätte das Amtsblatt Glückauf, wenn es objektiv berichten wollte, auch diese Feilen bringen müssen. Schon deshalb, weil wohl ausschließlich der Glückauf in der Lehrerschaft gelesen wird. Denn ebenso wie es wünschenswert ist, daß die Schüler den Lehrern gegenüber folgen, ebenso wünschenswert ist es, daß die Lehrer ihren Schülern gegenüber so auftreten, wie man es von ihnen als Erzieher ver-

langen kann. Das zu erreichen war der Zweck der Feilen. Sollte nun im Schulvorstand wieder einmütig tendenziöse Berichterstattung gefügt werden, dann darf die Redaktion des Glückauf nicht wundern, wenn dieser Brief nicht einmal bei einem früheren Fall, auf dem wir nicht weiter zu sprechen haben, veröffentlicht worden wäre.

Döhlen. Ein Teilbebauungsplan, der ein neues Wohnviertel in Oberdöhlen unter Ausschluß gewerblicher Anlagen schaffen will, lag dem Bezirksausschuß zur Genehmigung vor. Entgegen der ursprünglichen Planung, wonach die Anlage nur aus einem Erd- und einem Obergeschos mit je zwei Doppelhäusern drei Wohnungen (im Dachgeschos sollte nur nicht weitervermietet werden sollten) bestehen dürfen, hat die Gemeinderat in seiner Mehrheit stark für die Interessen des Ausbaus des Dachgeschosses beschloßen, so daß die Häuser aus 4 bzw. 6 Wohnungen, sondern deren 6 bzw. 9 entstehen würden. Man begründet die erweiterte Bauweise damit, daß Straßenbauten den Grundbesitzern erhebliche Kosten aufwenden werden, so daß, wenn sie nicht ihren Grund und Boden dem erweiterten Raube ausruhen dürften, der Häuserbau unrentabel sein würde. Die Amtshauptmannschaft hat sich jedoch nicht gezeigt, daß den Anliegern durchaus nicht Kosten anfallen werden, die eine derartige übermäßige Ausnutzung des Grundes rechtfertigen würden. Deshalb hat auch die Amtshauptmannschaft unter Zustimmung des Bezirksausschusses entgegen dem Plane festzuhalten und den Bebauungsplan im übrigen dem Ministerium zu beschreiben.

Dölschen. Die Trinkwasserfrage, wegen der die Gemeinde seit geraumer Zeit mit der Stadt Dresden verhandelt wird nun in der Weise gelöst, daß Unterdölschen von Hochdruckleitung des Ortes abgezweigt wird und eine besondere Zuleitung erhält. Die Verhandlungen mit der Stadt Dresden sind abgebrochen worden, weil das Wasser teurer ist als von der neuen Versorgungsquelle und weil es ohnehin nicht zur Eigenheim-Kolonie stark genug drückt. Um diese Nachteile es sich aber gerade. Es hätte deshalb der Aufstellung einer Pumpe bedurft, um das Wasser nach dem an der Pflanzstraße befindlichen Hochbehälter zu bringen, von wo es dann mit höherem Drucke wieder nach der neuen Kolonie zu laufen würde. Nunmehr ist mit der Heilensfelderbrunnener Vertrag geschlossen worden, die der Gemeinde Trinkwasser zu einem Preise von 15 Pf. für den Kubikmeter liefert. Dresden hat Ansprüche von 20 Pf. Die Rohrleitung wird bereits gelegt.

Niederhermsdorf. Morgen Dienstag, abends 8 Uhr findet in Jahns Restaurant öffentliche Gemeinderatsversammlung. Tagesordnung: Nachtrag zum Ortschaftsbericht über Wahl des Gemeinderats.

Gunnersdorf. Ein junges Paar, das im Gasthof Neu-Barnsdorf ein Quartier erhielt, wurde von einem Einwohner mit in die Wohnung genommen. Am Morgen verließen die beiden unter Dankesworten an den Gastgeber ihr Quartier. Wie sich herausstellte, hatte das Paar Schmudgegenstände und Kleidungsstücke im Werte von 200 M. eingepackt und mitgenommen. Die Polizei, die sofort in Erfahrung wurde, konnte dem Leidtragenden nur sagen, daß das Paar schon viel längerer Zeit von der Behörde gesucht wurde.

Koswig. Im Grundstück des Architekten Boemmel man beim Aufschichten einer Zerkgrube einen Topf mit Gold- und Silbermünzen, deren Metallwert auf circa 300 M. angegeben wird. Sie sollen aus dem siebenjährigen Krieg herrühren.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Ein Indizienverteil. In der Nacht zum 22. Mai 1909 von der hiesigen Polizei der 42jährige, schon mehrfach in fängnis und Justizhaus vorbestrafte Schlosser Paul Max Schickel in freier fesselnommen worden. Da man am Tag sonst nichts weiter nachweisen konnte, wurde er am 23. wieder entlassen. Tagsüber hatten die Polizeibeamten die bei einstellenden abgenommenen Effekten einer genaueren Durchsicht zogen und eine Uhrkette gefunden, die einen eingeschlagenen Schweiß eine Münze trug, auf der die Worte standen: „Mach ich viel alle!“ Am Morgen des 23. Mai erwiderte man, daß in den Schreibräumen am Stephansplatz eine Gärtnerbude erbrochen und daraus Schmuckstücke, Silber, ein Taschenuhrwerk und 200 Zigarren gefastet worden. Am Tatort wurde oben beschriebene Kette gefunden. Die der Kriminalpolizei konnten dieses Korpusdelikt sofort wieder darauf wurde Sch. festgenommen und das Strafverfahren gegen eingeleitet. Während der Voruntersuchung und auch in der Verhandlung bestritt der Angeklagte, die Kette je besitzen zu haben. Die Beamtinnen behaupteten aber, sich in Bezug hierauf nicht zu weigern wurde auch festgestellt, daß er zur genannten Zeit und wohnungslos war und ohne Geldmittel, in der Stadt hatte er schon vorher verkehrt. Er gab an, in der Stadt einem Bekannten auf dem Striepenweg Platz geschlafen zu haben. Der Vorwurf als Heugeladen, aber ob Sch. diese Nacht dort geschlafen war, wußte er nicht mehr anzugeben. Nach dem Verhör konnte er auch den Diebstahl trotzdem bestritten werden, er die Wohnung seines Gastgebers schon früh 6 Uhr verlassen habe und es von dort bis zum Tatort nur 2 Minuten sei. In Bezug auf die vielen Vorfragen des Angeklagten wegen Eigenbesitzes hielt ihn das Gericht für den Täter und verurteilte ihn zu wiederholten schweren Raubdiebstahl zu 2 Jahren Zuchthaus 5 Jahren Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Das Urteil erhebt höchst bedenklich!

Einem Vertrauensbruch beging der 30 Jahre alte, verheiratete Fabrikarbeiter Hugo Kurt Bergmann. Bei ihm wohnte ein Kutscher Str. schon seit 1908 in Schlafstelle, der weder lesen kann. Str. lebte sehr einfach und sparte sich Groschen. Das Sparfässchen steckte in seiner Schlafkammer dem Spiegel und die Frau seines Quartierwirts besorgte jede die Einlage seiner Ersparnisse. Von diesem Wuche, das eine Lage von 1800 M. haben müßte, hat Str. seit Juli 1908 bis zum nach und nach 1210 M. in Kosten von 10 bis 100 M. abgeben und das Geld für sich verbraucht. Er hat nach seiner eigenen Angabe einen Wochenberdienst von 40 M. Der Angeklagte wurde händig und wurde zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Fleuburgern. Der ehemalige Untereichter und diener Max Artur Frey ist schon wiederholt bestraft, weil er und bei den verschiedensten Gelegenheiten als Gewerben auftritt und dabei Darlehensschwindeln ausübt. Er hat am 23. dieses Jahres wurde er vom hiesigen Landgericht wegen zweier Fälle zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Schon am 1. Juli am 3. Juli, verurteilte er daselbst Mander in einem Raubverbrechen inneren Altstadt. Der Wirt schloß aber hier Verdict, festzusetzen nach der nächsten Polizeimeile und darauf wurde Frey verurteilt. Da er die Strafe vom 3. Juli noch nicht bestritt hat, so wird eine Gesamtsstrafe von 6 Monaten 2 Wochen Gefängnis.

Der württembergische Landesparteitag.

wurde am Samstag nachmittag in Heilbronn durch den Vorsitzenden des Landesverbandes Hildbrand eröffnet. Vom Parteivorstand Genosse Rörner, und von der badischen Strömung zum Leiter der Verhandlungen wurde Genosse Diez bestimmt.

Nach den Begrüßungsreden legte die Debatte bei einem Geschäftsantrag gleich sehr lebhaft ein. Westmeyer kritisiert bei den Verhandlungen auf der Landesversammlung haben will, daß der Genosse Hildbrand einen Mandat an einen Genossen ersuchte, damit die landlichen Orte vertreten seien; dem Landesvorstand wurde zugemutet, daß der Landesvorstand für das Mandatschreiben nicht verantwortlich gemacht werden könne; er trage die Kosten für das Mandat nicht, und vertrat die Ansicht, daß die Delegation nur von der Mitgliedschaft gebildet werden könne. Als der Genosse Landwehrmann in der Diskussion sich fortigleitend den Genossen Hildbrand als Vorsitzenden wählte, bemächtigt sich der Landesversammlung große Erregung; der Antrag wird durch Schlußruf am Weiterreden verhindert und kann sich erst nach längerer Zeit wieder Gehör verschaffen. Die Debatte wird wegen der großen Lebhaftigkeit fortgeführt; die Differenzen beider Richtungen in der württembergischen Partei kommen fortwährend zum Ausdruck. Schließlich werden sämtliche Anträge auf Verlesung des Geschäftsprotokolls auf der Landesversammlung abgelehnt. Es folgt ein länglicher Erörterung über die im Auftrage einer größeren Partei den Eintritt in die Tagesordnung übermittelte nummehr Genosse Kraus die Größe des Parteivorstandes. Er erwähnt im Hinblick auf die politische Situation und auf die Landtagswahl in Württemberg die Wichtigkeit, damit nicht die württembergische Partei und die Gesamtpartei Schaden erleide.

Hierauf teilt Hildbrand mit, daß die Landtagsfraktion am Freitag eine Delegation an den Minister des Innern entsandt habe, um für Maßnahmen zur Umkehrung der Fließschnit zu wirken. Der Minister habe es für eine Pflicht der württembergischen Regierung gehalten, etwas zu tun, einsehend könne aber das nicht sein, die Fließschnit einer Landesregierung gegen die Fließschnit zugestimmt und die Einwirkung des Reichstages gefordert.

Der Geschäftsbericht des Landesverbandes erstattet Hildbrand; der Bericht liegt gedruckt vor. Die Besprechung der wichtigsten Punkte nimmt darin einen größeren Raum ein. Hildbrand bespricht die dem Landesvorstand erwünschten bei der Besetzung der Tagungsausschüsse. Der Landesvorstand sollte nicht sofort im Sinne der letzten Landesversammlung handeln und den Redaktoren kündigen. Da die Zustimmungen in der Redaktion aber nicht aufhören, beschloß der Landesvorstand die Kündigung um vor der Reichstagswahl ein gemeinsames Parteiblatt zu schaffen. Redner erklärte den von Westmeyer auf dem Jenauer Parteitag gestellten Antrag: der Parteivorstand solle dafür sorgen, daß die Stuttgarter ein Organ bekommen, das im Sinne der Gesamtpartei geleitet wird, für eine Beschimpfung der württembergischen Partei, die leider auf dem Parteitag nicht gleich zurückgewiesen werden konnte. Besonders erfreulich für den Landesvorstand sei die Anerkennung der Parteikommission, daß der Landesverband alles getan habe, um die Zustimmungen zu beschleunigen. Später, als der Parteivorstand über die Verhandlungen in den Landesversammlungen Hildbrand vermahnt sich entschieden dagegen, daß der Landesvorstand die Kündigung des leitenden Redaktors nach dessen parteipolitischen Richtung getroffen habe. Dem Landesvorstand lag daran, das die Kündigung der Tagung zu bestimmen; er habe nie eingegriffen, um die Kündigung zu verhindern. Zur Göttinger Angelegenheit berichtet Redner, daß das Göttinger Blatt vom ersten Tage an die überaus aufmerksamen Augen auf den Landesvorstand gerichtet und den Willen des Landesverbandes geäußert, da in diesem Sinne ein ausreichendes Verbreitungsnetz vorhanden war. So war es nicht verwunderlich, daß das Unternehmen finanziell ausbleibe. Der Landesvorstand hat der Zeitung zugestimmt, daß die daran beteiligten kleinen Geldgeber nicht zu schädigen. Nach der Kündigung in Göttingen erschienen die tendenziösesten Berichte über die Landesversammlung besonders, daß das Zentralorgan, der Sozialist, sich noch immer seinen objektiven Berichtshalter anhalte. Wenn eine Erregung macht sich kund bei der Vernehmung, daß das Göttinger Blatt von einem Genossen redigiert wurde, der zu der Zeit gar nicht parteimitglied war. Der Landesvorstand hoffte nun, daß in Göttingen Ruhe einträte. Nach der Erklärung dieser Sache kam eine neue Differenz. In der bürgerlichen Presse erschien ein Bericht über die Landesversammlung, in dem Westmeyer ein Verbot den Genossen Westmeyer anprahl; in dieser Welle wird einmal leitenden Genossen der Vorwurf gemacht, daß sie Berichte für die bürgerliche Presse schreiben. Diese Genossen versprechen dann, solche Berichte nicht mehr zu schreiben. — Für die Stimmung und den Verlauf in der Partei zeigen die überaus zahlreichen Anträge auf Abschluß von Genossen. Redner kommt nunmehr auf die bestimmten Beschlüsse bei der Stuttgarter Gemeinderatswahl zu sprechen.

Der Landesvorstand kommt schließlich nicht vornehmlich gegen die Genossen, die dem Beschluß der Parteiversammlung entgegen dem Willen der Partei in der Lage sind, wie es im Bericht des Landesverbandes zu sehen ist, sondern gegen die Genossen, die dem Willen der Partei entgegen handeln. Die Genossen im Lande seien der Unterstützung des Landesverbandes gefolgt. Das Abkommen habe eine Beschimpfung der konfessionellen Genossen, was auch gelungen sei. Redner ersucht die Landesversammlung, sich mit dem Vorhaben des Parteivorstandes und des Landesverbandes einverstanden zu erklären. Der zweifelhafte Verzicht auf Hildbrand wurde mit großer Aufmerksamkeit und Ruhe entgegengenommen.

Nach der Erklärung des Geschäftsberichtes, des Berichtes über den Parteivorstand und der Parteiverwaltung gab Genosse Diez im Bericht die Erklärung ohne jede Rücksicht auf die Parteiverwaltung der Redaktion ab. Die Parteikommission habe es für ihre Pflicht und ihr Recht gehalten, ihre Entscheidung nach der parteipolitischen Richtung des Landesverbandes zu treffen. Sie habe sich aber durch das sachliche Geschick der Parteiverwaltung damit begeligt, daß die Parteikommission bei der letzten Landesversammlung zugezogen worden ist, das war ein Beschluß der Parteiverwaltung. Auch die Parteikommission habe ausgiebig um die vorhandenen Kräfte. So konnte die Redaktion der Tagung eine Besetzung erfahren, die jetzt die Genossen bestreift. Aufgabe der Redaktion und der Parteiverwaltung müsse es sein, für die politische Schulung und geistige Erhellung der Genossen Sorge zu tragen.

Bei Gründung der Debatte zum Bericht des Landesverbandes sprach Redner zum Wort gemeldet. Ein Antrag der Stuttgarter Delegierten, Westmeyer und unterzeichnete Rederei zu wählen, wurde nach einer Verlesung durch Westmeyer mit großer Mehrheit angenommen.

Westmeyer bezeichnet die Rede Hildbrands als Kampfrede, die nicht geeignet sei, den Frieden in der Partei zu fördern. Redner verteidigt Hildbrand gegen den Vorwurf Hildbrands, daß er als Redaktor noch nicht parteigenosse gewesen sei, er war lange Zeit vorher — wie Genosse Müller vom Parteivorstand bezeugt hat — die schuldige Treiben bei der Gemeinderatswahl. Damit sei die Entschuldigung Hildbrands abgetan. Wenn das Uebel in der Partei werden sollte, dann könnten ähnliche Zustände bei der bevorstehenden Landtagswahl gegen die Beschlüsse der letzten Landesversammlung vortreten. So sei das das gute Recht der Genossen gewesen, das doch dem Jenauer Parteitag war von 105 Delegierten unterzeichnet, die Berg, es tat sich also darin der Wille einer großen Anzahl Genossen zeigen über programmatische Punkte legen den Streitigkeiten zu werden ist. — In den Göttinger Differenzen wolle er nichts sagen, und geschrieben habe, davon nehme er nichts zurück; die Angelegenheit, dagegen nimmt Hildbrand an der Landesversammlung teil. Redner will schließen, auf Hildbrand: Hungerdies! ging er auf den bekannten Weg ein. Seine Entlassung, vom Parteivorstand nicht, war ungerührt und eine Entschärfung seiner Kräfte. Hildbrand hat den Landesvorstand veranlaßt, ihm 2400 M. als Mitarbeiter zu bieten, als Vorsitzender der Stuttgarter Organisation habe er dies Anerbieten ausgesetzt gemacht. Er hätte den Kampf der Stuttgarter damit durch die Stuttgarter Wahlbewegungen sollte er aus Stuttgart verdrängt werden. Er sah sich nicht, zu sagen, daß Arbeiter in den Fabriken der Württemberg zusammengelegt haben, damit er für Frau und Kinder Brot kaufen konnte. (Große Bewegung.) Die Genossen, die ihm vertrauen, seien nicht wenige, und auf dieses Vertrauen der einfachen Genossen sei er stolz. (Lebhafter Beifall.)

Hilfmann will, daß die Genossen im Lande einen Einfluß auf die Haltung der Tagung ausüben, nicht die Stuttgarter Richtung behalten. Die größte Schuld am Göttinger Zusammenbruch treffe nicht die dortigen Parteigenossen, sondern die unverantwortlichen Malgeber in Stuttgart. (Beifall.)

Der Sonntagssitzung lag eine Resolution vor, die dem Landesvorstand ihr Vertrauen ausspricht und ihn in Schutz nimmt gegen die eroberten Anträge. Ein Antrag wünscht, die Landesversammlung möge erklären, daß Westmeyer infolge seiner fortgesetzten parteipolitischen Tätigkeit Ehrenämter in der Partei nicht mehr bekleiden könne und daß die Partei es ablehne, die Verantwortung dafür zu übernehmen. (Zurufe: Ausschließen! Große Unruhe.)

Die Diskussion wird geschlossen und es entspinnt sich zwischen Westmeyer und Westmeyer eine große Kontroverse. Westmeyer erklärt in einer aus dem Landtag seit langer Zeit erfolgt ist. Der Artikel Westmeyer im Göttinger Blatt machte ihm zum besonderen Vorwurf. Mit diesem bürgerlichen Bureau stehe die Tagung seit 30 Jahren in enger Beziehung und Westmeyer wolle das. Westmeyer widerman aus Befälligkeitsgründen Antwort gegeben. Gegen die Forderung von Westmeyer an die bürgerlichen Bureau durch Landtagsabgeordnete hätte er sich entschieden gewandt, da er das für unvereinbar halte mit der Stellung eines Landtagsabgeordneten. Westmeyer demgegenüber, daß Westmeyer bei einer Konferenz habe zugehen müssen, daß er davon genügt habe.

Hierauf nahm Hildbrand das Schlußwort. Er betont, daß man zu befehlen. Er spreche die Meinung weiter Kreise aus, welche die diese Streitigkeiten endlich fast haben. Recht vom Landesvorstand zur Ordnung gerufen und eventuell ausgeschlossen werden. (Lebhafter Beifall.) Der Landesvorstand wird dafür sorgen, daß die Parteiverwaltung ein Ende nimmt. Er ersuche, alle Anträge abzulehnen, die geeignet erscheinen, die Parteiverwaltung in Stuttgart weiterzuführen. Hildbrand bespricht dann noch einmal den Fall Hildbrand, wobei große Unruhe entsteht. Er fährt fort: Dieser Mann sei, wie jetzt dem Parteivorstand mitgeteilt worden ist, von der polnischen Parteioffiziersorganisation ausgeschlossen worden. (Händeklatschen und minutenlange Unruhe.) Der Landesvorstand hat die Meinung geäußert, daß wenn es sich um Geld der Partei handelt, polnische Mitglieder nicht dazwischen reden dürfen. Westmeyer bemerkt dazu, daß erst unterzucht werden müsse, ob Hildbrand aus der Partei ausgeschlossen ist; dann sei Hildbrand für und erledigt. Zur Parteioffiziersorganisation.

Es kommt nun zur Abstimmung. Eine Resolution, in der die Landesversammlung mit Bedauern Kenntnis nimmt von den Vorgängen der letzten Kreisgeneralversammlung und die den Landesvorstand und den Parteivorstand beauftragt, die Entlassung der Parteioffiziersorganisation im ersten württembergischen Kreise im Sinne der Gesamtpartei zu sichern, wird angenommen.

Eine Resolution, die dem Landesvorstand ihr Vertrauen ausspricht und verurteilt, daß in der Göttinger Affäre wahrheitswidrige Berichte in die Presse gesandt worden sind, wurde ebenfalls angenommen.

Der Antrag, daß Westmeyer Ehrenämter nicht mehr bekleiden könne, wird zurückgezogen. Die Resolution, die eine Änderung in der Besetzung der Parteioffiziersorganisation wünscht, wird auch zurückgezogen. Nunmehr gibt Genosse Kraus den Bericht über die Landesversammlung ab. Er betont, daß die Landesversammlung praktische Politik getrieben habe und jede Vereinfachung des parlamentarischen und Einföhrung der Parteioffiziersorganisation ablehne. Redner bespricht in längerer Ausführungen die bürgerlichen Parteien Württembergs und die Stellung unserer Partei zu ihnen. Im Reichstag sei die Mehrheit der sozialistischen Blätter gebrochen, es müsse dafür gesorgt werden, daß im württembergischen Landtag der sozialistische Block nicht erst aufkomme. Das Beispiel in Bayern wurde abgelehnt. In Württemberg habe man Aussicht, daß Sozialdemokratie sich unabhängig auf die Regierung gewinnen. Die Parteioffiziersorganisation sei unabhängig von der Parteioffiziersorganisation und führe ihn grundsätzlich, sie werde keine Wille wanken lassen, weder gegen die Parteioffiziersorganisation noch gegen die Parteioffiziersorganisation. Die Parteioffiziersorganisation sei im ersten Wahljahre gemessen, werde zu entscheiden sein, wie im zweiten Wahljahre unter Kräfte zu verwerten seien. Wenn aber die bürgerliche Partei keine scharfe Grenze zieht zwischen sich und der Reaktion, kann sie nicht auf Unterstützung durch die Sozialdemokratie rechnen. Zu fordern sei der Landespropaganda, nachdem der Landespropaganda sich bemüht habe. — Mehrere Anträge verlangten, die Rede Kraus als Beifälligkeit herauszugeben. In der Diskussion erklärten sich die Redner einverstanden mit den Ausführungen Kraus. Es wird ein Antrag angenommen, der dem Landesvorstand, der Parteioffiziersorganisation und der Redaktion der Parteipresse den Auftrag erteilt, ein Wahlprogramm auszuarbeiten. Ein Antrag Hoffmann, der die parlamentarische Tätigkeit der Landesversammlung aufheben, wird angenommen. Hildbrand spricht noch über das neue Organisationsstatut und verlangt Ergänzung des Parteivorstandes durch einen Parteivorstand. Die Landesversammlung stimmt dem zu und Hildbrand wird als Ausschlußmitglied bestimmt.

Als Vorsitzender des Landesverbandes wird Hildbrand wiedergewählt.

Die Diskussion wird geschlossen und es entspinnt sich zwischen Westmeyer und Westmeyer eine große Kontroverse. Westmeyer erklärt in einer aus dem Landtag seit langer Zeit erfolgt ist. Der Artikel Westmeyer im Göttinger Blatt machte ihm zum besonderen Vorwurf. Mit diesem bürgerlichen Bureau stehe die Tagung seit 30 Jahren in enger Beziehung und Westmeyer wolle das. Westmeyer widerman aus Befälligkeitsgründen Antwort gegeben. Gegen die Forderung von Westmeyer an die bürgerlichen Bureau durch Landtagsabgeordnete hätte er sich entschieden gewandt, da er das für unvereinbar halte mit der Stellung eines Landtagsabgeordneten. Westmeyer demgegenüber, daß Westmeyer bei einer Konferenz habe zugehen müssen, daß er davon genügt habe.

Hierauf nahm Hildbrand das Schlußwort. Er betont, daß man zu befehlen. Er spreche die Meinung weiter Kreise aus, welche die diese Streitigkeiten endlich fast haben. Recht vom Landesvorstand zur Ordnung gerufen und eventuell ausgeschlossen werden. (Lebhafter Beifall.) Der Landesvorstand wird dafür sorgen, daß die Parteiverwaltung ein Ende nimmt. Er ersuche, alle Anträge abzulehnen, die geeignet erscheinen, die Parteiverwaltung in Stuttgart weiterzuführen. Hildbrand bespricht dann noch einmal den Fall Hildbrand, wobei große Unruhe entsteht. Er fährt fort: Dieser Mann sei, wie jetzt dem Parteivorstand mitgeteilt worden ist, von der polnischen Parteioffiziersorganisation ausgeschlossen worden. (Händeklatschen und minutenlange Unruhe.) Der Landesvorstand hat die Meinung geäußert, daß wenn es sich um Geld der Partei handelt, polnische Mitglieder nicht dazwischen reden dürfen. Westmeyer bemerkt dazu, daß erst unterzucht werden müsse, ob Hildbrand aus der Partei ausgeschlossen ist; dann sei Hildbrand für und erledigt. Zur Parteioffiziersorganisation.

Es kommt nun zur Abstimmung. Eine Resolution, in der die Landesversammlung mit Bedauern Kenntnis nimmt von den Vorgängen der letzten Kreisgeneralversammlung und die den Landesvorstand und den Parteivorstand beauftragt, die Entlassung der Parteioffiziersorganisation im ersten württembergischen Kreise im Sinne der Gesamtpartei zu sichern, wird angenommen.

Eine Resolution, die dem Landesvorstand ihr Vertrauen ausspricht und verurteilt, daß in der Göttinger Affäre wahrheitswidrige Berichte in die Presse gesandt worden sind, wurde ebenfalls angenommen.

Der Antrag, daß Westmeyer Ehrenämter nicht mehr bekleiden könne, wird zurückgezogen. Die Resolution, die eine Änderung in der Besetzung der Parteioffiziersorganisation wünscht, wird auch zurückgezogen. Nunmehr gibt Genosse Kraus den Bericht über die Landesversammlung ab. Er betont, daß die Landesversammlung praktische Politik getrieben habe und jede Vereinfachung des parlamentarischen und Einföhrung der Parteioffiziersorganisation ablehne. Redner bespricht in längerer Ausführungen die bürgerlichen Parteien Württembergs und die Stellung unserer Partei zu ihnen. Im Reichstag sei die Mehrheit der sozialistischen Blätter gebrochen, es müsse dafür gesorgt werden, daß im württembergischen Landtag der sozialistische Block nicht erst aufkomme. Das Beispiel in Bayern wurde abgelehnt. In Württemberg habe man Aussicht, daß Sozialdemokratie sich unabhängig auf die Regierung gewinnen. Die Parteioffiziersorganisation sei unabhängig von der Parteioffiziersorganisation und führe ihn grundsätzlich, sie werde keine Wille wanken lassen, weder gegen die Parteioffiziersorganisation noch gegen die Parteioffiziersorganisation. Die Parteioffiziersorganisation sei im ersten Wahljahre gemessen, werde zu entscheiden sein, wie im zweiten Wahljahre unter Kräfte zu verwerten seien. Wenn aber die bürgerliche Partei keine scharfe Grenze zieht zwischen sich und der Reaktion, kann sie nicht auf Unterstützung durch die Sozialdemokratie rechnen. Zu fordern sei der Landespropaganda, nachdem der Landespropaganda sich bemüht habe. — Mehrere Anträge verlangten, die Rede Kraus als Beifälligkeit herauszugeben. In der Diskussion erklärten sich die Redner einverstanden mit den Ausführungen Kraus. Es wird ein Antrag angenommen, der dem Landesvorstand, der Parteioffiziersorganisation und der Redaktion der Parteipresse den Auftrag erteilt, ein Wahlprogramm auszuarbeiten. Ein Antrag Hoffmann, der die parlamentarische Tätigkeit der Landesversammlung aufheben, wird angenommen. Hildbrand spricht noch über das neue Organisationsstatut und verlangt Ergänzung des Parteivorstandes durch einen Parteivorstand. Die Landesversammlung stimmt dem zu und Hildbrand wird als Ausschlußmitglied bestimmt.

Als Vorsitzender des Landesverbandes wird Hildbrand wiedergewählt.

Die Diskussion wird geschlossen und es entspinnt sich zwischen Westmeyer und Westmeyer eine große Kontroverse. Westmeyer erklärt in einer aus dem Landtag seit langer Zeit erfolgt ist. Der Artikel Westmeyer im Göttinger Blatt machte ihm zum besonderen Vorwurf. Mit diesem bürgerlichen Bureau stehe die Tagung seit 30 Jahren in enger Beziehung und Westmeyer wolle das. Westmeyer widerman aus Befälligkeitsgründen Antwort gegeben. Gegen die Forderung von Westmeyer an die bürgerlichen Bureau durch Landtagsabgeordnete hätte er sich entschieden gewandt, da er das für unvereinbar halte mit der Stellung eines Landtagsabgeordneten. Westmeyer demgegenüber, daß Westmeyer bei einer Konferenz habe zugehen müssen, daß er davon genügt habe.

Parteiangelegenheiten.

Am Parteitag in Chemnitz.

Die Delegierten und sonstigen Teilnehmer des Parteitages werden ersucht, dem Wohnungsausschuß Mitteilung zu geben, ob Beförderung von Wohnungen gewünscht wird.

In welcher Weise das Zimmer gewünscht wird sowie ob Hotel- oder Privatlogis, ist bei der Wohnung zu vermerken. In den Delegierten die Wohnungsausschuß im Laufe dieser Woche angestellt werden sollen. Bitten wir, soweit es noch nicht geschehen, um sofortige Penadenachtung.

Die Adresse des Wohnungsausschusses ist: Sozialdemokratischer Parteisekretariat Chemnitz, Dresdener Straße 88.

Ein Anschlag.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und Linien hat dem deutschen Parteivorstand mitgeteilt, daß der Genosse Karl Hildbrand aus der Partei ausgeschlossen worden ist.

Geschäftsleiter gesucht!

Für die Parteidruckerei und den Verlag des Norddeutschen Volksblattes in Rühringen wird, wenn möglich, zum 1. Oktober ein Geschäftsführer gesucht. Derselbe muß einer mittleren, modern eingerichteten Druck- und Zeitungsdruckerei vorstehen können und in der Durchführung bewandert sein. Die Gehaltsverhältnisse richten sich nach den Satzungen des Vereins Arbeiterpresse. Bewerbungen unter Angabe von Gehaltsansprüchen sind zu richten an Paul Hög u. Co., Druckerei in Rühringen i. O., Peterstraße 20/22.

Totenliste der Partei.

In der mittelständischen Kreisversammlung zu Erlangen sprach der Genosse Georg Stauer aus Nürnberg. Ein einst viel versprechendes junges Leben ist mit ihm ausgelöscht. Stauer war ein Arbeiterkind und erlernte die Steinbrücker. Schon frühzeitig ward er mit den sozialistischen Ideen bekannt. Der frühere Redaktionsleiter der Tagung, Genosse Dr. Braun, erkannte die ungeheure Bedeutung des jungen Menschen und nahm ihn in seine Schule. Bald hatte sich Stauer durch eisernen Fleiß und große Verdienste so weit gebildet, daß er am 1. Januar 1904 in die Redaktion der Frankfurter Tagung eintrat. Er hat sich in der Tagung von 1906 an die Bremer Bürgerzeitung, von dort 1907 an die Frankfurter Volksstimme. Als das Nürnbergische Parteinternezen gründlich umgestaltet wurde, trat Stauer am 1. September 1908 wieder in die Redaktion des heimischen Parteiblattes ein. Doch bald verschimmerte sich rasch daran, daß Stauer in eine Teilnahmigkeit geriet, die ihn nach und nach in die Irre führte. Er wurde er nach mehrwöchiger Behandlung als unheilbar irrsinnig erklärt. Seit vier Jahren ist er geistig tot — nun hat er am 20. April, kaum 32 Jahre alt, dem Tode seinen Tribut gezollt.

Deutscher Parteitag.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich wurde für den 30. Oktober nach Wien einberufen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Wie eine Druckfirma ihre Angestellten behandelt.

Der Buchhalter Sch. war bei der Berliner Zigarettenfabrik ...

Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Sofales.

Versteht der Zimmerer gegen den Verleumdungsfeldzug des Bau-Arbeiters.

In einer außerordentlich hiesig beschlossenen Mitgliederversammlung ...

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Dresden ...

Sicher ist es auch Abhilfe gemeinen, die Unternehmer des Bau- ...

der Reichsregierung haben der Dresdner Gewerkschaften die Un- ...

Die organisierten Zimmerer protestieren gegen solche wissen- ...

Inland.

Die Herrensverwaltung und die Koalitionsfreiheit.

Beim Verleumdungsdienst in Straßburg i. E. hat ein Major vor ...

Jedenfalls hat die Militärverwaltung nicht das mindeste Recht, ...

Eine herbe Abfertigung für die polnisch-nationalistischen Gewerkschaftsleiter.

Ein Angestellter der polnischen Berufsvereinigungen versucht, ...

Streik der Marmorarbeiter von Carrara.

(I. a.) Die Arbeiterschaft der Marmorbrüche von Carrara hat ...

Im Münchener Industriegebiet dürfte es in den nächsten Tagen, ...

Neues aus aller Welt.

Die Tragödie einer wägen Welt.

Paris, 30. August. Die Lebensgeschichte zweier Schicksalsge- ...

Eine Luftschiffahrt über den Kanal.

Lamotte-Beuvry, 1. September. Der Kapitän Edmond ...

Untergang eines dänischen Dampfers.

Kopenhagen, 1. September. Der dänische Dampfer Kurl, ...

Schwerer Unfall in finnischen Steinbrüchen.

Helsingfors, 1. September. In den Steinbrüchen des ...

Bereinstimmen für Montag.

Verband der Gutarbeiter und Arbeiterinnen, Mitgliedschaft Dresden ...

Victoria-Salon.
 Mr. Raury's Schreibender u. lesender Hand „Dick“;
 Ada Pagini; 8 London Belles; Komiker Mestran; Agna Niroto-Trio;
 Frères Chantrel; Madame de Persky; Original-Trio Loube; Annie
 Ferrera; Kinetograph u. a. m. Anfang 8 Uhr.
Theater-Tunnel: Künstler-Ensemble „Büttner“
 Anfang 7,8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Central-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr Varieté-Vorstellung
 Sonn- und Feiertags 3/4 Uhr.
 Nachmittags-Vorstellungen zu ermäßigten Preisen.

Messow & Waldschmidt
 Noch nie dagewesene Schlager!
 Wilsdruffer Strasse 11/13.
 Beachten Sie Mittwoch unsere vierseitige Beilage!
 Beginn unserer
95-Pf.-Woche
 der grössten Verkaufs-Veranstaltung des ganzen Jahres
Donnerstag den 5. September.